Juni

Kreisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 45.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 13.— den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einsp. Petitzeile oder deren Raum 2.— Mk., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 6 Mk. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 80 Mk.

Im Falle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Telegr.-Adr.: Dölter, Emmendingen. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Geschäftsstelle: Karl-Friedrichstraße 11. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382.

Nr. 126 — Emmendingen, Donnerstag, 1. Juni 1922 — 57. Jahrgang.

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. **Berlin**, 31. Mai. Der Reichstag nahm in seiner letzten Sitzung vor den Pfingstferien den deutsch-dänischen Vertrag betr. den Uebergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark in zweiter und dritter Lesung an. Ferner wurde die Erhöhung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung auf 72 000 Mk. und in der Angestelltenversicherung auf 100 000 Mk Jahreseinkommen beschlossen. Der deutschnationale Mißtrauensantrag wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten abgelehnt.

Berlin, 1. Juni. Wie das Tageblatt mitteilt, hielten die an den Reparationsfragen beteiligten Mitglieder des Reichskabinetts gestern Nachmittag eine Chefbesprechung über das Reparationsproblem ab. Wann der Reichskanzler die Erklärungen über die Reparationen und die Anleiheverhandlungen im Reichstag abgeben wird, hängt laut Tageblatt von dem Gang der weiteren Verhandlungen in Paris ab. Der Reichskanzler wird jedoch die Parteien über den Gang der Verhandlungen auf dem Laufenden halten dadurch, daß er die Parteiführer von Zeit zu Zeit zusammenruft. Diese Besprechungen werden auch auf die Deutsche Volkspartei und die Unabh. Sozialdemokratische Partei ausgedehnt werden.

Im Anschluß an die Chefbesprechung hielt dem gleichen Blatt zufolge, die Reichsregierung eine Kabinettssitzung ab, in der über den Gesetzentwurf zur Behebung der Notlage der Presse beraten wurde. Das Kabinett beschloß, die Sache noch einmal in Ressortbesprechungen zu behandeln. Alsdann soll ein Gesetzentwurf der Reichsregierung schleunigst vorgelegt werden.

Nachdem gestern der Reichstag in Ferien gegangen ist, verläßt auch die Mehrzahl der Mitglieder des Reichskabinetts Berlin zu kurzem Urlaub. So tritt laut Tagblatt Reichskanzler Dr. Wirth morgen eine Reise nach Konstanz und Freiburg an, von der er Mitte nächster Woche nach Berlin zurückkehren wird. Auch Reichsfinanzminister Dr. Hermes geht einige Tage auf Urlaub.

Der Gesetzentwurf betreffend die Erhebung einer Zwangsanleihe ist, wie die Voss. Ztg. mitteilt, gestern dem Reichstag zugegangen.

Sonstige Meldungen.

Berlin, 30. Mai. Wie die Vossische Zeitung mitteilt, wird der Reichspräsident zum Besuch der Münchener Gewerbeschau am 12. Juni in München eintreffen.

WTB. **Berlin**, 31. Mai. Bei dem gestern gemeldeten Prozeß gegen den Fälscher Anspach vor der Strafkammer des Landgerichts waren mit ihm gleichzeitig zwei Vermittler, Rode und Moß, wegen Fälschung von Pfandscheinen angeklagt. Moos war nicht erschienen. Gegen Anspach wurde die Verhandlung abgetrennt. Das gestern gefällte Urteil richtet sich nicht, wie irrtümlich zuerst gemeldet, gegen Anspach, sondern gegen den Rode, der zu 10 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde.

WTB. **Stendal**, 30. Mai. Die Strafkammer des hiesigen Landgerichtes verurteilte den Landwirt Karl Schröter in Grieben wegen Beleidigung des Reichspräsidenten in zwei Fällen zu einer Gesamtgeldstrafe von 3000 Mk. Schröter hatte in zwei Fällen öffentlich behauptet, der Reichspräsident habe große Güter im Ausland erworben. Er gab in der Verhandlung die Unrichtigkeit seiner Behauptung unter dem Ausdruck des Bedauerns zu. Ihm sei eine solche Mitteilung von scheinbar vertrauenswürdiger Seite zugetragen worden; auch sei er zu seiner Aeußerung durch einen Streit mit einem persönlichen Gegner gereizt worden. Mit Rücksicht auf diese Milderungsgründe sah das Gericht von einer Freiheitsstrafe ab, erkannte aber auf die höchste zulässige Geldstrafe.

WTB. **Paris**, 31. Mai. **Zur deutschen Note an die Reparationskommission schreibt der Matin, es scheine, daß die Antwort bei den ausländischen Bankiers einen guten Eindruck gemacht habe. Sie hätten darin einen Beweis des guten Willens erblickt, aber sie dürften doch nicht vergessen, daß dies immerhin erst einfache Versprechungen wären, die allein schon aus der Furcht vor den Sanktionen gegeben worden seien.**

Petit Parisien vertritt den Standpunkt, die Antwort scheine zu beweisen, daß Deutschland die Notwendigkeit, die Forderungen zu erfüllen, begriffen habe. In ihrer Gesamtheit scheine die deutsche Antwort die Reparationskommission zu befriedigen.

WTB. **Paris**, 31. Mai. Havas veröffentlicht eine offenbar offizielle Mitteilung, wonach die Delegierten der verbündeten Mächte in der Reparationskommission heute Vormittag offiziell zusammengetreten seien, um die heute veröffentlichte deutsche Antwortnote zu prüfen. Obwohl die Beratungen vertaul. gewesen seien, scheine die Note vom 23. Mai einen ziemlich günstigen Eindruck auf die Kommissionsmitglieder gemacht zu haben. Da ihre Prüfung im Laufe des Vormittags nicht habe beendet werden können, würden die Delegierten heute Nachmittag von Neuem zusammentreten, um vielleicht heute Abend eine offizielle Sitzung abzuhalten, um sich über die Einzelheiten der nächsten, an die deutsche Regierung zu richtenden Note zu besprechen. Dieses Schriftstück, das den Eingang der letzten Mitteilungen des Berliner Kabinetts bestätigen werde, werde zugleich davon Kenntnis geben, ob angesichts der deutschen Anordnungen das Deutschland für das Jahr 1922 gewährte Moratorium aufrecht erhalten werde oder nicht. In dem Schriftstück würden vielleicht genauere Angaben in einer Anzahl von Punkten gefordert werden. Die Fassung dieser letzten Note der Reparationskommission werde vielleicht erst in einigen Tagen endgültig feststehen.

Der Schluß des Eucharistischen Kongresses.

WTB. **Rom**, 30. Mai. In der Peterskirche fand heute die Schlußfeier des internationalen Eucharistischen Kongresses statt. Von vielen Tausenden von Kongreßteilnehmern jubelnd begrüßt, erschien der Papst auf der Sedia Gestatoria unter dem Schall silberner Trompeten in der Basilika und celebrierte am Hochaltar ein Tedeum. Den Segen spedend ließ sich dann der Papst bis an das Eingangstor der Peterskirche tragen, worauf der Zug in die päpstlichen Gemächer zurückkehrte. Etwa 30 Kardinäle, 400 Bischöfe und das diplomatische Corps beim Heiligen Stuhl wohnten der Feier bei.

WTB. **Rom**, 30. Mai. Der Papst richtete an den Kardinalvikar ein Dankschreiben, in dem er seine Befriedigung über die Ereignisse der letzten Tage ausspricht und die Frömmigkeit und den Enthusiasmus der Teilnehmer am Eucharistischen Kongreß lobt, dessen Bedeutung so groß sei, und der unter den Festen des christlichen Rom eines der glänzendsten Ereignisse bleiben werde.

Aus Oberschlesien.

Berlin, 1. Juli. Wie die Voss. Ztg. aus Oberschlesien meldet, sind die polnischen Unruhen in dem Polen zugesprochenen Teil Oberschlesiens eine von langer Hand vorbereitete Aktion zu dem Zwecke, noch vor der Uebernahme das Gebiet auf radikale Weise deutschenrein zu machen. Durch das passive Verhalten der Interalliierten Kommission, der Besatzungstruppen und der Polizei ist dieser Zweck bedauerlicherweise zum Teil erreicht worden. Durch die Flüchtlingsstellen sind gestern allein 1500 Flüchtlinge gegangen. Wie versichert wird, hat der Kreiskontrolleur von Kattowitz ein Ersuchen um Einsetzung von Truppen abschlägig beantwortet, da die Truppen nicht zu Polizeizwecken zur Verfügung ständen. Nach einer Meldung des Lokalanzeigers macht sich auch im Kreise Hindenburg eine neue Bandentätigkeit bemerkbar. Aus Mylowitz, Lipine, Knarow und anderen Herden der polnischen Bewegung liegen Berichte vor über das beabsichtigte Vertreiben der deutschen Bevölkerung; vor allem sollen die deutschen Bergbaubeamten durch Polen, Belgier, Franzosen und Tschechen ersetzt werden.

Berlin, 31. Mai. Wie die Blätter aus Breslau melden, ist die vergangene Nacht in Kattowitz ruhig verlaufen. Dagegen liegen aus dem Landkreise Kattowitz und besonders aus Laurahütte neue Alarmnachrichten vor. Die Terrorakte der Polen haben sich inzwischen auf den Kreis Rybnik ausgedehnt, wo gleichfalls deutsche Beamte und Arbeiter mißhandelt wurden. Die Stadtverordnetenversammlung von Kattowitz hatte den Bürgermeister beauftragt, von der Interalliierten Kommission in Oppeln Hilfe für die bedrohten Deutschen zu verlangen. Die Hilfe ist nicht erfolgt. Auf das Ersuchen des deutschen Bevollmächtigten um Maßnahmen zum Schutze der deutschen Bevölkerung hat die Kommission schließlich solche Maßnahmen zugesichert. Ob und in welchem Umfange Hilfsmaßnahmen tatsächlich getroffen wurden, bleibt abzuwarten. Von polnischer Seite wird erklärt, daß die Terrorakte gegen deutsche Arbeiter und Beamte die Antwort seien auf die angebliche Verprügelung polnischer Arbeiter im Kreise Gleiwitz. Bei den Berliner zuständigen Stellen konnte laut „Germania“ noch nicht festgestellt werden, ob derartiges in Gleiwitz vorgekommen ist. Jedenfalls stehen, wenn sich dort vereinzelte Ausschreitungen gegen Polen ereignet haben sollten, diese Vorkommnisse in gar keinem Verhältnis zu dem Ausmaße des polnischen Terrors.

Aus dem englischen Unterhaus.

Die Reparationsfrage im englischen Unterhaus.

WTB. **London**, 31. Mai. Die Reparationsdebatte wurde heute im Unterhaus durch den Arbeiterführer Clynes eröffnet, der darauf hinwies, daß man, wenn man Deutschland niederschmettere, von ihm keine Zahlungen verlangen könne. Er fragte, wie lange der Aufschub dauere, der durch die jetzigen Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich durch die Reparationskommission erzielt werden würde. Die fortwährenden Gewaltdrohungen zur Eintreibung der Reparationen hinderten das wirtschaftliche Wiederaufleben. Er steht auf dem Standpunkt, daß man mit Deutschland viel weiter komme, wenn man die Besatzungsheere zurückziehe und die Gewaltpolitik fallen lasse und direkt mit Deutschland verhandele. — Auch Kennworthy fordert die Zurückziehung der Besatzungsheere, die schon mehr verschlungen hätten, als man von Deutschland bekommen habe und sich außerdem als ungeeignetes Zwangsmittel gegenüber Deutschland erwiesen hätten. Hierauf erwiderte Lloyd George, daß man die Hoffnung habe, daß ein Abkommen zustandekomme, das sowohl für Deutschland als den Schuldner, als auch für die Gläubigerstaaten annehmbar sein würde. Jedenfalls bestehe kein Grund zu einem Zwist zwischen Frankreich und England. Die deutsche Regierung bemühe sich redlich, den Frieden von Versailles zu erfüllen. Sie habe aber erhebliche politische Schwierigkeiten dabei zu überwinden und diese Bestrebungen rechtfertigten, daß man Deutschland den größten Respekt und die größtmöglichste Rücksicht entgegenbringe. Eine Politik der Mißachtung und Nichterfüllung des Vertrages seitens Deutschlands müsse für Deutschland selbst unheilvoll sein, ebenso wie jedes sofortige Vorgehen eines Verbündeten unheilvoll für die Entente wäre. Frankreich werde bei der Ausführung des Versailler Vertrages nicht alleingelassen werden, aber England sei für eine Politik der Mäßi...

Eine Note der Entente wegen „Entmilitarisierung“ der Eisenbahn.

WTB. **Berlin**, 30. Mai. In einer dem deutschen Botschafter in Paris übergebenen Note erklärt der Vorsitzende der Botschafterkonferenz, Poincaree, daß die alliierten Regierungen in Gemäßheit des Art. 43 des Versailler Vertrages die Entmilitarisierung des rheinischen Eisenbahnnetzes ohne Beeinträchtigung seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen Ausbeutung geprüft hätten. Die auf dem rechten Rheinufer im Gebiet der neutralisierten, nicht besetzten Zone hierzu zu vervielfältigenden Maßnahmen sind der deutschen Regierung durch den General Nollet bekanntgegeben worden. Ihre Ausübung ist im Gange. In den besetzten Gebieten haben die alliierten Regierungen im Verfolg der angestellten Untersuchungen beschlossen, die Eisenbahnneuerichtungen in zwei Kathegorien zu klassifizieren. Die augenblicklich in Ausführung befindlichen Arbeiten im rheinischen Eisenbahnnetz sind, soweit sie Einrichtungen betreffen, deren Programm militärischen Zwecken entspricht, ohne Vorteile in wirtschaftlicher Hinsicht zu bieten, unverzüglich und endgültig einzustellen. Die im bestehenden rheinischen Eisenbahnnetz sich befindenden zu rein strategischen Zwecken geschaffenen Einrichtungen ohne wirtschaftliches Interesse sollen in dem Augenblick, wo die alliierten Truppen die besetzten Gebiete räumen, zerstört oder so abgeändert werden, daß sie ihren militärischen Charakter verlieren.

Der Note sind zwei Anlagen angeschlossen, die ein Verzeichnis der in Betracht kommenden Linien und Einrichtungen enthalten.

Wie das WTB. hört, unterliegt die Note gegenwärtig der Prüfung der zuständigen Stellen. Es kann aber jetzt schon gesagt werden, daß diese Forderungen, welche übrigens Kosten in einer zurzeit noch nicht zu übersehenden Höhe ergeben würden, jedenfalls zum größten Teil im Art. 43 des Versailler Friedensvertrages keine Stütze finden.

Berlin, 1. Juni. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat den Beschluß der Botschafterkonferenz, von der deutschen Regierung die Einstellung bezw. Zerstörung einer ganzen Reihe von Eisenbahnbauten innerhalb des besetzten oder neutralisierten rheinischen Gebietes zu fordern, zum Gegenstand einer Interpellation an die Reichsregierung gemacht, in der es heißt: Was hier unter dem Vorwand der „Entmilitarisierung“ der Rheinlande gefordert wird, kennzeichnet sich tatsächlich als eine völlig sinnlose Verschwendung wirtschaftlicher Werte, die überdies für das Reich eine neue schwere Belastung bedeutet und als eine durch nichts gerechtfertigte Schädigung des deutschen insbesondere des rheinischen Wirtschaftslebens angesehen werden muß. Zu einer derartigen Maßnahme liegt umso weniger ein Anlaß vor, als nach Durchführung d. Entwaffnung Deutschlands den bedrohten Eisenbahnanlagen eine militärische Bedeutung nicht mehr beigesetzt werden kann. Wir fragen: Ist die Reichsregierung gewillt, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel aufzubieten, um das dem rheinischen Verkehrswesen drohende Verhängnis abzuwenden?

Eine Enthüllung aus der Vorkriegszeit

WTB. **Paris**, 30. Mai. Die kommunistische Humanitee veröffentlicht einen Brief Poincarees an den russischen Zaren vom 30. März 1913, für dessen Echtheit man dem Blatte die Verantwortung überlassen muß. Nach der Darstellung der Humanitee soll er das Beglaubigungsschreiben Delcassees bei seinem Amtsantritt als Botschafter in Petersburg ergänzen. Das Schriftstück ist zumteil in Faksimile wiedergegeben. Es heißt darin: „Als ich im vergangenen Jahre die Ehre hatte, von Eurer Majestät im Peterhof empfangen zu werden, hatte ich die hohe Aufmerksamkeit Eurer Majestät auf die Frage gelenkt, wie nützlich es nach Ansicht unserer Generalstäbe wäre, den Bau gewisser Schienenwege an der Westgrenze des russischen Reiches zu beschleunigen. Die große militärische Anstrengung, die die französische Regierung auf sich zu nehmen beabsichtigt, um das Gleichgewicht der europäischen Mächte aufrecht zu erhalten, läßt heute die entsprechenden Maßnahmen besonders dringlich erscheinen, über deren Notwendigkeit die Generalstäbe der beiden Länder sich geeinigt haben. Herr Delcassee wird Eurer Majestät und Ihrer Regierung von diesen wichtigen Fragen, wie von allen denen sprechen, die die Auswirkung der Allianz betreffen, um uns die Möglichkeit geben zu können, mit größerer Sicherheit über die Erhaltung des Friedens zu wachen.

Juni

Kreisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 45.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 13.— den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einsp. Petitzeile oder deren Raum 2.— Mk., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 6 Mk. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 80 Mk.

Im Falle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Telegr.-Adr.: Dölter, Emmendingen. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Geschäftsstelle: Karl-Friedrichstraße 11. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382.

Nr. 126 — Emmendingen, Donnerstag, 1. Juni 1922 — 57. Jahrgang.

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. **Berlin**, 31. Mai. Der Reichstag nahm in seiner letzten Sitzung vor den Pfingstferien den deutsch-dänischen Vertrag betr. den Uebergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark in zweiter und dritter Lesung an. Ferner wurde die Erhöhung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung auf 72 000 Mk. und in der Angestelltenversicherung auf 100 000 Mk Jahreseinkommen beschlossen. Der deutschnationale Mißtrauensantrag wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten abgelehnt.

Berlin, 1. Juni. Wie das Tageblatt mitteilt, hielten die an den Reparationsfragen beteiligten Mitglieder des Reichskabinetts gestern Nachmittag eine Chefbesprechung über das Reparationsproblem ab. Wann der Reichskanzler die Erklärungen über die Reparationen und die Anleiheverhandlungen im Reichstag abgeben wird, hängt laut Tageblatt von dem Gang der weiteren Verhandlungen in Paris ab. Der Reichskanzler wird jedoch die Parteien über den Gang der Verhandlungen auf dem Laufenden halten dadurch, daß er die Parteiführer von Zeit zu Zeit zusammenruft. Diese Besprechungen werden auch auf die Deutsche Volkspartei und die Unabh. Sozialdemokratische Partei ausgedehnt werden.

Im Anschluß an die Chefbesprechung hielt dem gleichen Blatt zufolge, die Reichsregierung eine Kabinettssitzung ab, in der über den Gesetzentwurf zur Behebung der Notlage der Presse beraten wurde. Das Kabinett beschloß, die Sache noch einmal in Ressortbesprechungen zu behandeln. Alsdann soll ein Gesetzentwurf der Reichsregierung schleunigst vorgelegt werden.

Nachdem gestern der Reichstag in Ferien gegangen ist, verläßt auch die Mehrzahl der Mitglieder des Reichskabinetts Berlin zu kurzem Urlaub. So tritt laut Tagblatt Reichskanzler Dr. Wirth morgen eine Reise nach Konstanz und Freiburg an, von der er Mitte nächster Woche nach Berlin zurückkehren wird. Auch Reichsfinanzminister Dr. Hermes geht einige Tage auf Urlaub.

Der Gesetzentwurf betreffend die Erhebung einer Zwangsanleihe ist, wie die Voss. Ztg. mitteilt, gestern dem Reichstag zugegangen.

Sonstige Meldungen.

Berlin, 30. Mai. Wie die Vossische Zeitung mitteilt, wird der Reichspräsident zum Besuch der Münchener Gewerbeschau am 12. Juni in München eintreffen.

WTB. **Berlin**, 31. Mai. Bei dem gestern gemeldeten Prozeß gegen den Fälscher Anspach vor der Strafkammer des Landgerichts waren mit ihm gleichzeitig zwei Vermittler, Rode und Moß, wegen Fälschung von Pfandscheinen angeklagt. Moos war nicht erschienen. Gegen Anspach wurde die Verhandlung abgetrennt. Das gestern gefällte Urteil richtet sich nicht, wie irrtümlich zuerst gemeldet, gegen Anspach, sondern gegen den Rode, der zu 10 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde.

WTB. **Stendal**, 30. Mai. Die Strafkammer des hiesigen Landgerichtes verurteilte den Landwirt Karl Schröter in Grieben wegen Beleidigung des Reichspräsidenten in zwei Fällen zu einer Gesamtgeldstrafe von 3000 Mk. Schröter hatte in zwei Fällen öffentlich behauptet, der Reichspräsident habe große Güter im Ausland erworben. Er gab in der Verhandlung die Unrichtigkeit seiner Behauptung unter dem Ausdruck des Bedauerns zu. Ihm sei eine solche Mitteilung von scheinbar vertrauenswürdiger Seite zugetragen worden; auch sei er zu seiner Aeußerung durch einen Streit mit einem persönlichen Gegner gereizt worden. Mit Rücksicht auf diese Milderungsgründe sah das Gericht von einer Freiheitsstrafe ab, erkannte aber auf die höchste zulässige Geldstrafe.

WTB. **Paris**, 31. Mai. **Zur deutschen Note an die Reparationskommission schreibt der Matin, es scheine, daß die Antwort bei den ausländischen Bankiers einen guten Eindruck gemacht habe. Sie hätten darin einen Beweis des guten Willens erblickt, aber sie dürften doch nicht vergessen, daß dies immerhin erst einfache Versprechungen wären, die allein schon aus der Furcht vor den Sanktionen gegeben worden seien.**

Petit Parisien vertritt den Standpunkt, die Antwort scheine zu beweisen, daß Deutschland die Notwendigkeit, die Forderungen zu erfüllen, begriffen habe. In ihrer Gesamtheit scheine die deutsche Antwort die Reparationskommission zu befriedigen.

WTB. **Paris**, 31. Mai. Havas veröffentlicht eine offenbar offizielle Mitteilung, wonach die Delegierten der verbündeten Mächte in der Reparationskommission heute Vormittag offiziell zusammengetreten seien, um die heute veröffentlichte deutsche Antwortnote zu prüfen. Obwohl die Beratungen vertaul. gewesen seien, scheine die Note vom 23. Mai einen ziemlich günstigen Eindruck auf die Kommissionsmitglieder gemacht zu haben. Da ihre Prüfung im Laufe des Vormittags nicht habe beendet werden können, würden die Delegierten heute Nachmittag von Neuem zusammentreten, um vielleicht heute Abend eine offizielle Sitzung abzuhalten, um sich über die Einzelheiten der nächsten, an die deutsche Regierung zu richtenden Note zu besprechen. Dieses Schriftstück, das den Eingang der letzten Mitteilungen des Berliner Kabinetts bestätigen werde, werde zugleich davon Kenntnis geben, ob angesichts der deutschen Anordnungen das Deutschland für das Jahr 1922 gewährte Moratorium aufrecht erhalten werde oder nicht. In dem Schriftstück würden vielleicht genauere Angaben in einer Anzahl von Punkten gefordert werden. Die Fassung dieser letzten Note der Reparationskommission werde vielleicht erst in einigen Tagen endgültig feststehen.

Der Schluß des Eucharistischen Kongresses.

WTB. **Rom**, 30. Mai. In der Peterskirche fand heute die Schlußfeier des internationalen Eucharistischen Kongresses statt. Von vielen Tausenden von Kongreßteilnehmern jubelnd begrüßt, erschien der Papst auf der Sedia Gestatoria unter dem Schall silberner Trompeten in der Basilika und celebrierte am Hochaltar ein Tedeum. Den Segen spedend ließ sich dann der Papst bis an das Eingangstor der Peterskirche tragen, worauf der Zug in die päpstlichen Gemächer zurückkehrte. Etwa 30 Kardinäle, 400 Bischöfe und das diplomatische Corps beim Heiligen Stuhl wohnten der Feier bei.

WTB. **Rom**, 30. Mai. Der Papst richtete an den Kardinalvikar ein Dankschreiben, in dem er seine Befriedigung über die Ereignisse der letzten Tage ausspricht und die Frömmigkeit und den Enthusiasmus der Teilnehmer am Eucharistischen Kongreß lobt, dessen Bedeutung so groß sei, und der unter den Festen des christlichen Rom eines der glänzendsten Ereignisse bleiben werde.

Aus Oberschlesien.

Berlin, 1. Juli. Wie die Voss. Ztg. aus Oberschlesien meldet, sind die polnischen Unruhen in dem Polen zugesprochenen Teil Oberschlesiens eine von langer Hand vorbereitete Aktion zu dem Zwecke, noch vor der Uebernahme das Gebiet auf radikale Weise deutschenrein zu machen. Durch das passive Verhalten der Interalliierten Kommission, der Besatzungstruppen und der Polizei ist dieser Zweck bedauerlicherweise zum Teil erreicht worden. Durch die Flüchtlingsstellen sind gestern allein 1500 Flüchtlinge gegangen. Wie versichert wird, hat der Kreiskontrolleur von Kattowitz ein Ersuchen um Einsetzung von Truppen abschlägig beantwortet, da die Truppen nicht zu Polizeizwecken zur Verfügung ständen. Nach einer Meldung des Lokalanzeigers macht sich auch im Kreise Hindenburg eine neue Bandentätigkeit bemerkbar. Aus Mylowitz, Lipine, Knarow und anderen Herden der polnischen Bewegung liegen Berichte vor über das beabsichtigte Vertreiben der deutschen Bevölkerung; vor allem sollen die deutschen Bergbaubeamten durch Polen, Belgier, Franzosen und Tschechen ersetzt werden.

Berlin, 31. Mai. Wie die Blätter aus Breslau melden, ist die vergangene Nacht in Kattowitz ruhig verlaufen. Dagegen liegen aus dem Landkreise Kattowitz und besonders aus Laurahütte neue Alarmnachrichten vor. Die Terrorakte der Polen haben sich inzwischen auf den Kreis Rybnik ausgedehnt, wo gleichfalls deutsche Beamte und Arbeiter mißhandelt wurden. Die Stadtverordnetenversammlung von Kattowitz hatte den Bürgermeister beauftragt, von der Interalliierten Kommission in Oppeln Hilfe für die bedrohten Deutschen zu verlangen. Die Hilfe ist nicht erfolgt. Auf das Ersuchen des deutschen Bevollmächtigten um Maßnahmen zum Schutze der deutschen Bevölkerung hat die Kommission schließlich solche Maßnahmen zugesichert. Ob und in welchem Umfange Hilfsmaßnahmen tatsächlich getroffen wurden, bleibt abzuwarten. Von polnischer Seite wird erklärt, daß die Terrorakte gegen deutsche Arbeiter und Beamte die Antwort seien auf die angebliche Verprügelung polnischer Arbeiter im Kreise Gleiwitz. Bei den Berliner zuständigen Stellen konnte laut „Germania“ noch nicht festgestellt werden, ob derartiges in Gleiwitz vorgekommen ist. Jedenfalls stehen, wenn sich dort vereinzelte Ausschreitungen gegen Polen ereignet haben sollten, diese Vorkommnisse in gar keinem Verhältnis zu dem Ausmaße des polnischen Terrors.

Aus dem englischen Unterhaus.

Die Reparationsfrage im englischen Unterhaus.

WTB. **London**, 31. Mai. Die Reparationsdebatte wurde heute im Unterhaus durch den Arbeiterführer Clynes eröffnet, der darauf hinwies, daß man, wenn man Deutschland niederschmettere, von ihm keine Zahlungen verlangen könne. Er fragte, wie lange der Aufschub dauere, der durch die jetzigen Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich durch die Reparationskommission erzielt werden würde. Die fortwährenden Gewaltdrohungen zur Eintreibung der Reparationen hinderten das wirtschaftliche Wiederaufleben. Er steht auf dem Standpunkt, daß man mit Deutschland viel weiter komme, wenn man die Besatzungsheere zurückziehe und die Gewaltpolitik fallen lasse und direkt mit Deutschland verhandele. — Auch Kennworthy fordert die Zurückziehung der Besatzungsheere, die schon mehr verschlungen hätten, als man von Deutschland bekommen habe und sich außerdem als ungeeignetes Zwangsmittel gegenüber Deutschland erwiesen hätten. Hierauf erwiderte Lloyd George, daß man die Hoffnung habe, daß ein Abkommen zustandekomme, das sowohl für Deutschland als den Schuldner, als auch für die Gläubigerstaaten annehmbar sein würde. Jedenfalls bestehe kein Grund zu einem Zwist zwischen Frankreich und England. Die deutsche Regierung bemühe sich redlich, den Frieden von Versailles zu erfüllen. Sie habe aber erhebliche politische Schwierigkeiten dabei zu überwinden und diese Bestrebungen rechtfertigten, daß man Deutschland den größten Respekt und die größtmöglichste Rücksicht entgegenbringe. Eine Politik der Mißachtung und Nichterfüllung des Vertrages seitens Deutschlands müsse für Deutschland selbst unheilvoll sein, ebenso wie jedes sofortige Vorgehen eines Verbündeten unheilvoll für die Entente wäre. Frankreich werde bei der Ausführung des Versailler Vertrages nicht alleingelassen werden, aber England sei für eine Politik der Mäßi...

Eine Note der Entente wegen „Entmilitarisierung“ der Eisenbahn.

WTB. **Berlin**, 30. Mai. In einer dem deutschen Botschafter in Paris übergebenen Note erklärt der Vorsitzende der Botschafterkonferenz, Poincaree, daß die alliierten Regierungen in Gemäßheit des Art. 43 des Versailler Vertrages die Entmilitarisierung des rheinischen Eisenbahnnetzes ohne Beeinträchtigung seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen Ausbeutung geprüft hätten. Die auf dem rechten Rheinufer im Gebiet der neutralisierten, nicht besetzten Zone hierzu zu vervielfältigenden Maßnahmen sind der deutschen Regierung durch den General Nollet bekanntgegeben worden. Ihre Ausübung ist im Gange. In den besetzten Gebieten haben die alliierten Regierungen im Verfolg der angestellten Untersuchungen beschlossen, die Eisenbahnneuerichtungen in zwei Kathegorien zu klassifizieren. Die augenblicklich in Ausführung befindlichen Arbeiten im rheinischen Eisenbahnnetz sind, soweit sie Einrichtungen betreffen, deren Programm militärischen Zwecken entspricht, ohne Vorteile in wirtschaftlicher Hinsicht zu bieten, unverzüglich und endgültig einzustellen. Die im bestehenden rheinischen Eisenbahnnetz sich befindenden zu rein strategischen Zwecken geschaffenen Einrichtungen ohne wirtschaftliches Interesse sollen in dem Augenblick, wo die alliierten Truppen die besetzten Gebiete räumen, zerstört oder so abgeändert werden, daß sie ihren militärischen Charakter verlieren.

Der Note sind zwei Anlagen angeschlossen, die ein Verzeichnis der in Betracht kommenden Linien und Einrichtungen enthalten.

Wie das WTB. hört, unterliegt die Note gegenwärtig der Prüfung der zuständigen Stellen. Es kann aber jetzt schon gesagt werden, daß diese Forderungen, welche übrigens Kosten in einer zurzeit noch nicht zu übersehenden Höhe ergeben würden, jedenfalls zum größten Teil im Art. 43 des Versailler Friedensvertrages keine Stütze finden.

Berlin, 1. Juni. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat den Beschluß der Botschafterkonferenz, von der deutschen Regierung die Einstellung bezw. Zerstörung einer ganzen Reihe von Eisenbahnbauten innerhalb des besetzten oder neutralisierten rheinischen Gebietes zu fordern, zum Gegenstand einer Interpellation an die Reichsregierung gemacht, in der es heißt: Was hier unter dem Vorwand der „Entmilitarisierung“ der Rheinlande gefordert wird, kennzeichnet sich tatsächlich als eine völlig sinnlose Verschwendung wirtschaftlicher Werte, die überdies für das Reich eine neue schwere Belastung bedeutet und als eine durch nichts gerechtfertigte Schädigung des deutschen insbesondere des rheinischen Wirtschaftslebens angesehen werden muß. Zu einer derartigen Maßnahme liegt umso weniger ein Anlaß vor, als nach Durchführung d. Entwaffnung Deutschlands den bedrohten Eisenbahnanlagen eine militärische Bedeutung nicht mehr beigesetzt werden kann. Wir fragen: Ist die Reichsregierung gewillt, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel aufzubieten, um das dem rheinischen Verkehrswesen drohende Verhängnis abzuwenden?

Eine Enthüllung aus der Vorkriegszeit

WTB. **Paris**, 30. Mai. Die kommunistische Humanitee veröffentlicht einen Brief Poincarees an den russischen Zaren vom 30. März 1913, für dessen Echtheit man dem Blatte die Verantwortung überlassen muß. Nach der Darstellung der Humanitee soll er das Beglaubigungsschreiben Delcassees bei seinem Amtsantritt als Botschafter in Petersburg ergänzen. Das Schriftstück ist zumteil in Faksimile wiedergegeben. Es heißt darin: „Als ich im vergangenen Jahre die Ehre hatte, von Eurer Majestät im Peterhof empfangen zu werden, hatte ich die hohe Aufmerksamkeit Eurer Majestät auf die Frage gelenkt, wie nützlich es nach Ansicht unserer Generalstäbe wäre, den Bau gewisser Schienenwege an der Westgrenze des russischen Reiches zu beschleunigen. Die große militärische Anstrengung, die die französische Regierung auf sich zu nehmen beabsichtigt, um das Gleichgewicht der europäischen Mächte aufrecht zu erhalten, läßt heute die entsprechenden Maßnahmen besonders dringlich erscheinen, über deren Notwendigkeit die Generalstäbe der beiden Länder sich geeinigt haben. Herr Delcassee wird Eurer Majestät und Ihrer Regierung von diesen wichtigen Fragen, wie von allen denen sprechen, die die Auswirkung der Allianz betreffen, um uns die Möglichkeit geben zu können, mit größerer Sicherheit über die Erhaltung des Friedens zu wachen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Eine weitere Erklärung gegen die Sonderbündler.

WTB. Mainz, 30. Mai. Die deutsch-demokratische Partei, die Deutschnationale Partei, die Deutsche Volkspartei, die Sozialdemokratie und die Zentrumspartei des besetzten Gebietes des Freistaates Hessen erlassen eine Erklärung, in der sie ebenso wie die in Frankfurt a. M. versammelten Nassauer Delegierten derselben Parteien sich auf das Entschiedenste gegen alle Loslösungsbestrebungen vom Reiche wenden und ihr Treuegelöbnis zum Deutschen Reiche neu betonen. Die U.S.P. hatte zwar die Unterschrift hierzu abgelehnt; sie hat aber ebenfalls in einer besonderen Erklärung sich gegen die Bestrebungen der Sonderbündler ausgesprochen, da eine weitere Zerreißung des Deutschen Reiches geeignet sei, die Verelendung des deutschen Proletariats nur noch mehr zu vergrößern.

WTB. Köln, 31. Mai. Die hier tagende Hauptversammlung des katholischen Lehrervereins der Rheinprovinz hat angesichts der immer wieder hervortretenden Loslösungsbestrebungen im Rheinlande die folgende Erklärung beschlossen: Die im kath. Lehrerverein organisierten kathol. Lehrer des Rheinlandes stehen fest und unwandelbar zum Deutschen Reich. Die uns anvertraute Jugend wollen wir in gut katholischem Geiste zur christlichen Nächstenliebe und damit zur Völkerversöhnung erziehen. Wir wollen sie aber auch erziehen zu edler Heimat- und Vaterlandsliebe. Sie soll ihr Vaterland umsomehr lieben lernen, je größer seine Not ist.

Zur Getreideversorgung im neuen Wirtschaftsjahr.

WTB. München, 30. Mai. Der deutsche Landwirtschaftsrat nahm Resolutionen an, in denen darauf hingewiesen wird, daß der deutsche Landwirtschaftsrat sich einmütig auf den Boden des Hilfswerkes der deutschen Landwirtschaft stellt, aber auch darauf aufmerksam macht, daß die Erneuerung der Getreideumlage für 1922/23 die Durchführung des Hilfswerkes auf das Aeußerste erschweren, wenn nicht unmöglich machen würde. Die Getreideumlage in der vorjährigen Form sei eine äußerst ungerechte Sonderbesteuerung der Landwirtschaft und ihre Wiederholung könne nicht ertragen werden. Zu einer Verbilligungsaktion für die minderbemittelten Bevölkerungskreise mit Brotgetreide ist die Landwirtschaft unter der Voraussetzung bereit, daß wie sie, gleichermaßen die leistungsfähigen Schichten der anderen Erwerbszweige herangezogen würden. Die deutsche Landwirtschaft empfiehlt die Beschaffung einer Getreidereserve zum Marktpreis im freien Verkehr. — Reichsernährungsminister Fehr erklärte in Verteidigung des Standpunktes der Reichsregierung in der Frage der neuen Umlageregelung, es sei zu bedenken, daß man heuer eine wesentlich bessere Ernte bekommen würde und daß es überhaupt schwer fallen würde, die Brotversorgung durchzuführen, weil eine stärkere Spekulation als je mit Brotgetreide eintreten werde. Damit drohen der allgemeinen Brotversorgung große Gefahren. Deshalb habe sich die Reichsregierung auf den Standpunkt gestellt, daß zur Sicherung der Brotversorgung Brotgetreide in der gleichen Höhe wie im Vorjahr erfaßt werden müsse. Bei den Verhandlungen der Reichsregierung habe er keinen Zweifel gelassen, daß die Preise für dieses Umlagegetreide die Produktionskosten decken müßten. Im Entwurf der neuen Getreideverordnung würden Bestimmungen festgelegt, die die Möglichkeit bieten, den Preis für die mit Markenbrot zu versorgende Bevölkerung zu beschränken. Das Wichtigste sei die Frage der Preisbildung, die sich noch im Stadium der Erwägung befinde. Er werde bestrebt sein, alle Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Er wolle sein Programm nicht in der Zwangswirtschaft, sondern in der Produktionsförderung suchen.

Vermischte Nachrichten.

TU. Frankfurt, 30. Mai. Vermutlich aus Liebesgram hatten drei in einem hiesigen Krankenhaus angestellte Mädchen beschlossen, gemeinsam in den Tod zu gehen. Eines der Mädchen schreckte im letzten Augenblick vor der Tat zurück, während die beiden andern im Alter von 18 und 20 Jahren sich Arm in Arm in den Main stürzten und ertranken.

WTB. Essen, 31. Mai. Auf Schacht Amalia der Gewerkschaft Helene-Amalie in Essen ereignete sich heute abend ein Grubenunglück, das vermutlich auf eine Explosion zurückzuführen ist. Bei den Bergungsarbeiten wurden bisher 3 Tote geborgen. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Berlin, 31. Mai. Wie die Voss. Ztg. aus Köln meldet, wurde der Inhaber der Firma Wihl und Bosnak vom Wuchergericht zu drei Monaten Gefängnis und 1½ Million Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte inländischen Zucker in holländischen Säcken als Auslandszucker zu höheren Preisen verkauft.

WTB. Bourg-en-Bresse, 31. Mai. In einem Tunnel der eingleisigen Eisenbahnlinie Bourg-Bellegarde fuhr gestern ein Personenzug auf einen Güterzug auf, der infolge eines Defektes im Tunnel steckengeblieben und dessen gesamtes Personal durch den Kohlendampf, der sich im Tunnel angesammelt hatte, betäubt worden war.

Gewerkschaftliches.

Landestarif im Holzgewerbe Badens und Württembergs.

TU. Karlsruhe, 30. Mai. Unter dem Vorsitz von Gewerberat Emele fanden gestern im Arbeitsministerium hier Verhandlungen der vertragsabschließenden Parteien des Landestarifs für das Holzgewerbe in Württemberg, Hohenzollern und Baden statt, die zu folgender Verständigung führten:

1. Der Lohn für den über 22 Jahre alten Facharbeiter der Ortsklasse 2 erhöht sich in folgender Weise: Vom 25. Mai bis 7. Juni um 2 Mk., und vom 8. Juni bis 5. Juli ds. Js. um weitere 2 Mk. Die Zulagen der übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen werden nach dem bisherigen Prozentschlüssel erhöht. Um denselben Betrag erhöhen sich die Tariflöhne.

2. Abs. V § 12 letzter Absatz des Landestarifvertrages erält folgende Fassung: „Bei Arbeitsverrichtungen in weiterer Entfernung, die ein Uebernachten notwendig machen, beträgt der Mindestzuschlag 80 Mk."

3. Bezüglich der Zuschläge nach §§ 42 und 43 des Reichsmantelvertrages haben die Landestarifämter binnen 2 Wochen zusammenzutreten und eine Verständigung herbeizuführen.

4. Die vertragabschließenden Parteien erklären sich bereit, diesen Vorschlag ihren Mitgliedern zur Annahme zu empfehlen. Das Ergebnis der Abstimmung muß bis Freitag, den 2. Juni vorliegen.

Aus Baden.

TU. Schwetzingen, 30. Mai. Bei Dachdeckungsarbeiten stürzte infolge Reißens des Seiles der 26jährige Kaufmann Hermann Fischer aus sieben Meter Höhe ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.

Nach Riegel, Malterdingen

Der Fahrplan mit grossen Zahlen der Station Riegel mit Kaiserstuhlbahn ist fertiggestellt und zu haben in Riegel bei Herrn Emil Adler, in Malterdingen bei Herrn Gottlieb Blum

Das Stück kostet Mk. 3.—

Der Friedensverkehr auf unseren Bahnen hält ab 1. Juni d. Js. allerwärts wieder seine Einkehr. Eine Masse Zugverbindungen sind geändert worden u. darf daher der neue Fahrplan in keinem Hause, in keiner Familie, in keinem Geschäftsraum und in keiner Wirtschaft fehlen.

Druck- u. Verlagsgesellschaft vorm. Dölter, Emmendingen.

TU. Mannheim, 30. Mai. Wie schon kurz mitgeteilt, wird der Landesverband der bad. Gewerbe- und Handwerkervereinigungen (Sitz Rastatt) vom 9. bis 12. Juni hier seine Landesverbandstagung abhalten. Der erste und zweite Tag ist im wesentlichen der Beratung über die sozialen Einrichtungen des Verbandes (Kranken-, Sterbe- und Versicherungskasse) gewidmet. Die Landesversammlung selbst befaßt sich mit dem Tätigkeitsbericht, mit einer Geländeaufkaufsgenehmigung in St. Leonhard bei Ueberlingen und mit verschiedenen rein geschäftlichen Angelegenheiten. In Verbindung mit der Tagung steht die Feier des 80jährigen Bestehens des Gewerbevereins und des Handwerkerverbandes Mannheim.

TU. Walldürn, 30. Mai. Das 10jährige Töchterchen des Arbeiters Job wollte einen Topf mit kochender Milch vom Herd ziehen. Dabei fingen die Kleider des Kindes Feuer und es erlitt so schwere Brandwunden, daß es starb.

TU. Offenburg, 30. Mai. Aus dem Zuchthaus in Bruchsal wurde den Geschworenen der Landwirt Karl Huber aus Ohlsbach unter der Anklage des Mordes und schweren Diebstahls vorgeführt. Zu der Verhandlung sind gegen 60 Zeugen geladen, die Verhandlung selbst dürfte mehrere Tage in Anspruch nehmen. Der Angeklagte wird beschuldigt den Landwirt Michael Wußler auf dem Pachthof im hinteren Ohlsbachtal ermordert und aus der Wohnung einen größeren Geldbetrag entwendet zu haben. Huber ist ein übel beleumundeter Mensch. Er unterhielt mit dem Ermordeten enge Beziehungen, von denen behauptet wird, daß sie unter das Strafgesetz fallen, da der Ermordete Wußler perverse Neigungen gehabt haben soll.

TU. Neustadt i. Schw., 30. Mai. Der Hochfirstturm ist letzter Tage von zwei hochelegant gekleideten Negerpaaren aus Südafrika erstiegen worden. Nach dem Besuch des Turmes verzehrten die vier Schwarzen eine mitgebrachte riesige Haselnußtorte und tranken dazu sechs Flaschen Bier. Als sie von der Wirtin aufgefordert wurden, eine Spende für die Zwecke des Schwarzwaldvereins zu geben, lehnten sie dies ab. Die Wirtin blieb eine schlagfertige Antwort nicht schuldig und meinte, die schwarzen Ausländer sollten dort bleiben, wo sie hergekommen sind und nicht unsere Lebensmittel „wegfressen".

TU. Singen a. H., 30. Mai. Heute vormittag halb 9 Uhr brach aus noch unbekannter Ursache in der hiesigen Metallindustrie Großfeuer aus, das rasch um sich griff, und großen Schaden anrichtete. Die wertvollen Maschinen wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Wie verlautet wird eine Betriebsstörung nicht eintreten.

TU. Heiligenberg b. Konstanz, 30. Mai. Auf der steilen Straße nach Leustetten verlor ein Radfahrer namens Trummer aus Konstanz an einer Wegbiegung die Herrschaft über sein Rad und stürzte ab. Er erlitt schwere Verletzungen und u. a. auch eine schwere Gehirnerschütterung. Im letzten Jahr ist an der gleichen Stelle ein Konstanzer Radfahrer tödlich verunglückt.

Aus dem Breisgau und Umgebung.

Emmendingen, 1. Juni. Mit dem heutigen Tag erfährt der Preis des Brotes eine Erhöhung, die im Inseratenteil angekündigt ist. Zu gleicher Zeit warten die Metzgermeister mit einer weiteren Preissteigerung auf.

* Emmendingen, 1. Juni. Wie aus dem definitiven Fahrplan ab 1. Juni ersichtlich ist, haben wir für die hiesige Station alle angeregten Verbesserungen erhalten. Es soll nun hier nicht nochmals eingehend auf alles eingegangen werden, wir möchten nur darauf hinweisen, daß nun auch möglichst viel und oft die Züge benützt werden, die in Emmendingen neue Halte bekommen haben, oder neu eingelegt wurden, damit das s. Zt. an maßgebender Stelle mit Nachdruck geltend gemachte Bedürfnis für diese Verbesserungen auch bewiesen wird. Die Eisenbahnverwaltung wird natürlich über die Benützung der betr. Züge von und zur Station Emmendingen Statistiken anfertigen lassen und sich für die Zukunft darnach richten. Es gilt dies besonders für die neuen Schnellzugshalte 5.11 Uhr morgens Richtung Basel und 1.05 nachts von Basel Richtung Frankfurt. — Obgleich wir überzeugt sind, daß diese Züge so günstig liegen, daß sie viel benutzt werden, möchten wir doch nicht versäumen, besonders noch darauf hinzuweisen, daß der Morgenschnellzug in Basel Anschluß an einen Eilzug Richtung Schaffhausen — Singen — Radolfzell — Konstanz hat. Basel ab 7.35 morgens, und daß der Nachtschnellzug hier um 1,05 von Basel kommend es ermöglicht, den letzten Höllentäler, ab Donaueschingen 8 Uhr abends, an Freiburg 11 Uhr nachts, zu benützen. Das Uebernachten müssen in Freiburg oder anderen Stationen wird sich so vermeiden lassen und kommen dann gegenüber die erhöhten Kosten der Schnellzugsfahrt nicht in Betracht. Darum möge Jedermann, der es irgend machen kann, für seine Reisen diese beiden Schnellzüge benützen, damit uns deren Halte in Emmendingen nicht wieder genommen werden.

Bücherschau. Soeben erschien der „Badische Blitzfahrplan", Sommerausgabe 1922. Der wegen seiner praktischen Einteilung, die jede gewünschte Strecke sofort aufschlagbar macht, sehr beliebte Fahrplan enthält sämtliche Staatsbahnen, Privatbahnen sowie Dampfer- und Automobilverbindungen des ganzen badischen Landes. Ebenso enthält er die wichtigsten Anschlußverbindungen in die Schweiz und nach Württemberg. Bei einem Preise von nur 15 Mk. ist er immer noch der billigste aller Landesfahrpläne und sollte nicht verwechselt werden mit kleinen Lokalfahrplänen, die nur für einen begrenzten Teil des Landes verwendbar sind.

Voraussichtliche Witterung: Meist heiter, trocken, warm, östliche Winde.

Stadttheater Freiburg. Die Intendanz weist darauf hin, daß am Samstag den 3. Juni keine Vorstellung stattfindet. Die 38. Vorstellung der Samstagmiete ist nunmehr der [illegible] Juni. Es ist der Intendanz gelungen, die berühmte deutsche Koloratursängerin [illegible] Meyen für drei Gastspielabende zu verpflichten, sie wird am Dienstag, 6. Juni, in „Zauberflöte" die „Königin der Nacht", am Freitag, 9. Juni, in „Barbier von Sevilla" die „Rosine" und am Sonntag den 11. Juni in Rigoletto" die „Gilda" singen. Der Vorverkauf beginnt jeweils Samstag den 3. Juni (Zauberflöte), Dienstag den 6. Juni (Barbier von Sevilla), Donnerstag den 8. Juni (Rigoletto). Abonnenten erhalten auf ihre Plätze ein Vorkaufsrecht ohne Berechnung der Vormerk- und Vorverkaufsgebühren und die Karten sind jeweils bis spätestens am Vortage des Beginns des öffentlichen Verkaufs unter Vorzeigung der Abonnementskarte an der Kasse, Bertholdstr. 46 (Haupteingang) abzuholen.

TU. Der Juni vollendet als sechster Monat das erste Halbjahr unseres Kalenders. In ihn fällt der wichtigste Termin des astronomischen Sommerbeginns, der in unserem Jahre am 21. Juni, früh 6,29 Uhr, liegt. Dieser und die ihm unmittelbar vorangehenden und folgenden Tagen sind mit 16 Stunden und 23 Minuten die längsten Tage des Jahres; vom 24. Juni ab nimmt die Tageslänge, wenn auch zunächst noch wenig merklich, ab. Um die Zeit der längsten Tage feierten daher unsere germanischen Altvordern das Fest der Sommersonnenwende. Der Juni ist der erste Sommermonat des Jahres. In ihm steht unsere Natur in schönstem Schmuck, den ihr der Mai gebracht hat, und die Königin der Blumen kann ihre Blüten entfalten. Man nennt deshalb den Juni auch den Rosenmonat. Der bekannteste deutsche Name ist Brachmonat, weil im Juni bei der Dreifelderwirtschaft das in dem ahre brachliegende Gelände umgepflügte wird. Der Juni wird aber auch mit dem Namen Heuet bezeichnet, namentlich im badischen Oberlande ist dieser Name im Gebrauch, weil in ihm die Heuernte beginnt. Im allgemeinen ist aber „Heuet" der Name des Monats Juli. Juni heißt unser sechster Monat nach dem einen nach der römischen Göttin Juno, nach dem anderen nach dem römischen Tyrannenmörder Junius Brutes. Der Juni hat 30 Tage, von denen vier Sonntage sind. Am 4. und 5. wird Pfingsten, am 11. Dreifaltigkeitsfest (Trinitatis) und am 15. Fronleichnam gefeiert. Der 24. ist der Namenstag Johannes des Täufers, der ein Lostag von großer Bedeutung ist. Am 29. Juni ist schließlich Peter und Paul, von welchem Tage die Wetterregel kundet: „Ist's an Peter und Pauli klar, hoffe auf ein gutes Jahr". Die übrigen der bekanntesten Bauernregeln für den Juni lauten: 8. Juni: „Regnets am Medardustag, regnets noch 40 Tag darnach." „Wies Wetter zu Medardi hält, solch Wetter in die Ernte fällt". 15. Juni: „O heilger Veit, regne nicht, daß es uns nicht an Gerst gebricht". 24. Juni: „Vor Johannistag kein Gerst man loben mag". „Vor Johanni bitt um Regen, nach Johanni kommt er ungelegen". „Wenn der Kukuk lange nach Johanni schreit, ruft er Mißwuchs und ture Zeit". 27. Juni: „Regnets am Siebenschläfertag, regnets noch 7 Wochen danach."

Vorläufig keine Personentariferhöhung. Im Reichstagsausschuß ist zwar vom Reichseisenbahnminister eine neue Erhöhung der Personentarife angekündigt worden, es sind aber bisher keinerlei vorbereitende Verfügungen ergangen. Wie wir hören, sind auch solche vorbereitende Verfügungen für den 1. Juni nicht mehr zu erwarten. Ob und bis wann der Einführungstermin hinausgeschoben ist, ist noch nicht bekannt geworden.

TU. **Fahrplan auf den Kraftpostlinien.** Am 1. Juni tritt auf den Kraftpostlinien der Reichspostverwaltung ein neuer Fahrplan in Kraft. Die Verkehrszeiten sind aus den auf den Haltestellen ausgehängten, gedruckten Streckenfahrplänen zu ersehen und auch bei den Postanstalten sowie bei den öffentlichen Auskunftsstellen zu erfahren. Die Fahrpläne aller in Baden verkehrenden reichseigenen Kraftposten sind außerdem auch im Reichskursbuch und in dem „Grünen Kursbuch" für Baden enthalten.

— Von den Landwirten wird immer Klage darüber geführt, der Zwischenhandel verteuere die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Daß man solchen Erklärungen nicht allzuviel Gedicht beilegen darf, zeigt eine Ankündigung in Nr. 143 der „Breisgauer Zeitung". Nach dieser Anzeige kostet der Zentner Kartoffeln im Zentrallager des badischen Bauernvereins 250 Mk. Zu diesem Preise, zum Teil sogar noch billiger, sind die Kartoffeln aber schon seit Wochen bei jedem Händler zu haben.

— **Die Tannen blühen.** Nur in jedem dritten Jahr pflegen die Tannen so reich zu blühen, daß ihre Blüte auch denjenigen in die Augen fallen muß, die nicht gewohnt sind, auf alle Vorgänge in der Natur zu achten. In diesem Jahre blühen sie so reich, daß auch der Unaufmerksamste die Blüte gewahr werden muß. Die grünen Tannen haben sich in einen roten Mantel gehüllt, unter den Bäumen liegt der Blütenstaub wie eine braune Decke. Nur wenige Tage dauert das seltene Schauspiel. Auf die Blüte folgt bald der Fruchtansatz, aus dem sich die Tannenzapfen entwickeln.

TU. **Bestrafung übermäßiger Preisforderungen.** Nach einer amtlichen Statistik der Straffälle wegen übermäßiger Preisforderungen und Preistreibereien im 6. Jahr (1. November 1920 bis 31. Dezember 1921) der zur Bekämpfung der Preistreiberei erlassenen Vorschriften ist die Zahl der erledigten Straffälle im Berichtsjahr nur unwesentlich höher geworden, dagegen hat die Zahl der Freisprechungen erheblich zugenommen. Stark gestiegen ist die Höhe der insgesamt verhängten Geldstrafen einschließlich der zum Einzug gebrachten Uebererlöse — eine Anpassung der Strafen der Gerichte an den sinkenden Geldwert. Die Zahl der zu Freiheitsstrafen Verurteilten hat sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr mehr als vervierfacht. Dies ist eine Folge der verschärften Strafbestimmungen, ohne das aber das Durchschnittsmaß der Freiheitsstrafen sich wesentlich erhöht hätte. Die Gesetzesübertreter stammen zu zwei Drittel der Fälle aus dem Kreis der Gewerbetreibenden des Handels und der Verbraucher; der Rest mit einem Drittel fällt auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

TU. **Auskunft in Auswanderungsfragen.** Wie das Reichsamt für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung (Reichswanderungsamt) mitteilt, ist die bisherige amtliche Zweigstelle des Reichswanderungsamts in Mannheim, die für die Landeskommissariatsbezirke Mannheim und Karlsruhe zuständig war, am 31. März 1922 aufgelöst worden. Anstelle der bisherigen Zweigstelle stehen nunmehr für Erteilung von Rat und Auskunft in Auswanderungsangelegnheiten und den Verkehr mit den Paßbehörden in Auswanderungsfragen zur Verfügung: In Mannheim: das Sekretariat des Caritasverbandes K 1. 16, die Zweigfürsorgestelle des evangel. Hauptvereins für deutsche Ansiedler und Auswanderer Schloß 30, sowie für Frauen und Mädchen der Verband berufstätiger Frauen, Abtlg. Auswandererfürsorge, in Heidelberg: für Frauen und Mädchen der internationale Verein der Freundinnen junger Mädchen, Werderstr. 72, in Karlsruhe: der Bad. Landesverein für innere Mission, Kreuzstraße 23, das Sekretariat des Caritasverbandes Blumenstraße 3. Diese Stellen sind vom Reichswanderungsamt als gemeinnützige öffentliche Auskunftsstellen für Aus- und Einwanderer anerkannt. Für alle übrigen Angelegenheiten tritt die amtliche Zweigstelle des Reichswanderungsamts in Frankfurt a. M., Kaiserstraße 79, an die Stelle der bisherigen Mannheimer Zweigstelle.

TU. **Veränderungen im höheren Gerichtsdienst.** Wie der Staatsanzeiger meldet, wurde Landgerichtsrat Julius Federer in Konstanz zum Untersuchungsrichter beim dortigen Landgericht, Gerichtsassessor Erich Frommhold zum Staatsanwalt beim Landgericht Waldshut, Gerichtsassessor Karl Hahn zum Staatsanwalt beim Landgericht Karlsruhe mit dem Dienstsitz in Pforzheim und Gerichtassessor Dr. Albert Wößner zum Staatsanwalt beim Landgericht Freiburg mit dem Dienstsitz in Lörrach ernannt. Versetzt wurden: Staatsanwalt Dr. D. Moericke in Pforzheim nach Konstanz und in den Ruhestand trat Notariatsdirektor Wilh. Huber in Pforzheim.

= **Bötzingen a. K., 30. Mai.** Letzten Sonntag hielt der Turnverein ein Werbeschauturnen ab, an dem auch Turnvereine aus Freiburg, Ihringen und Teningen teilnahmen. Es galt, den jungen Bötzinger Turnverein, der kürzlich erst das Licht der Sonne erblickt hat, aus der Taufe zu heben. Daß trotz aller Miesmacherei ein lebhaftes Interesse für das Turnen bei der hiesigen Einwohnerschaft vorhanden ist, war an der großen Zuschauermenge zu sehen, die den Festplatz belebte. Es gelangten fast sämtliche Zweige des Turnens zur Vorführung, von der einfachsten Freiübung bis zum waghalsigsten Riesenschwung am Reck und den Akrobatenkunststücken. Einzelne Turner konnten Hervorragendes zeigen. Sehr schön war besonders auch die Freiübung mit Flaggen einer Zöglingsabteilung des Teninger Turnvereins. Der Vorstand des Bötzinger Turnvereins, Herr Friseur Höfflin, eröffnete das Werbeschauturnen mit einer schwungvollen Begrüßungsansprache. Herr Gutmüller sprach über die Entwicklung des Turnens aus seinen ersten Anfängen bis zur Gegenwart. Herr Gauturnwart Bilger hielt die Taufrede. Er wies darauf hin, daß das Turnen immer noch die beste Gelegenheit biete, die erwachsene Jugend zu tüchtigen und charaktervollen Mitbürgern zu erziehen. Es sei eine Pflicht der Gemeinde, das Turnen zu hegen und zu pflegen, insbesondere den jungen Verein auch mit Mitteln zu unterstützen zwecks Anschaffung von Turngeräten. Sämtliche Redner ernteten den Beifall der Anwesenden, unter denen auch der Ortsgeistliche, Herr Pfarrer Karl, die Herren Bezirksräte Löffel und Hause, sowie Herr Bürgermeister Kanzinger zu sehen waen. Herr Kapellmeister Huber leitete den musikalischen Teil des Festes.

Vom Weinmarkt.

S. **Freiburg**, 31. Mai. (Weinversteigerung.) Im oberen Saal des „Fahnenberg" ließ am vorgestrigen Montag Weingutsbesitzer Fritz Trautwein in Bickensohl 1921er Kaiserstühler Eigengewächse freihändig versteigern. Bevor die Versteigerung begann, wurde den in stattlicher Anzahl erschienenen Weininteressenten, worunter man viele bekannte Gasthofbesitzer bemerkte, Kostproben der feilgehaltenen Weine kredenzt. Die auserlesenen, gutgepflegten Tropfen aus dem Rebgelände von Bickensohl und Achkarren gehören mit zum Besten, was im Kaiserstuhlgebiet an Weinen erzeugt wird. Der Wein wurde in 7 Losen angeboten. Die Angebote erfolgten zum Hektoliterpreis und sind deshalb sämtliche nachfolgend angeführten Erlöse als Preis für je einhundert Liter zu verstehen; den entsprechenden Literpreis fügen wir in Klammern bei. Zunächst kamen 932 Ltr. Bickensohler Steinhalde-Spätlese zum Aufruf. Nur zögernd wurde das erste Hektoliterangebot mit 5000 Mk. hörbar. Endsteigerer blieb mit 6800 Mk. (68 Mk.) die Freiburger Weinkommissionsfirma E. Volpp. — 750 Liter Bickensohler Hohrain-Sylvaner-Riesling ging mit einem Anfangsgebot von 5000 Mk. zu 7300 Mk (73 Mk.) in das Eigentum der Firmen E. Volpp und Gebrüder Weil (Offenburg) über. — Das dritte Los von 600 Liter Bickensohler Steinhalde-Sylvaner-Riesling bekam ein Anfangsgebot von 6000 Mk. Endsteigerer blieb mit 8400 Mk. (84 Mk.) die Weinfirma Volpp. — Das nächste Quantum, 600 Liter Bickensohler Hohrain-Ruländer-Auslese erzielte ein Erstgebot von 6000 Mk., das unvermittelt auf 8000 Mk. hinaufschnellte. Das Höchstgebot von 9000 Mk. (90 Mk.) machte wiederum die Fa. Volpp. — Den Rekordpreis erzielten 600 Liter Bickensohler Steinhalde-Sylvaner-Riesling, bei dessen Aufruf gleich ein Anfangsgebot von 12 000 Mk. zu hören war. Den Zuschlag erhielt die Fa. Gebr. Weil (Offenburg) mit 12 300 Mk. (123 Mk.). — Zum Aufruf kamen ferner 600 Liter Achkarrer-Schloßberg-Mauerwein-Auslese, bei dem das erste Gebot von 9000 Mk. rasch auf das Endgebot von 12 200 Mk. (122 Mk.) stieg, zu welchem Preis das Edelgewächs in den Besitz des Hotel „Römischer Kaiser" überging. — Als letzte Menge gelangten 560 Liter Achkarrer Schloßberg-Mauerwein-Auslese zur Versteigerung. Den Zuschlag erhielt August Hartmann (Emmendingen) mit 12 200 Mk (122 Mk.).

Handel und Verkehr.

TU. **Deutsche Landwirtschaftsbank e. G. m. b. H. Karlsruhe.** Die Generalversammlung hat die Dividende wie im Vorjahr wieder auf 5 Proz. festgesetzt. Bei der Bilanzsumme von 89 Millionen und nahezu 2,6 Milliarden Jahresumsatz kann die Bank auf ein befriedigendes Geschäftsjahr zurückblicken.

Katholischer Gottesdienst.

Heute Donnerstag, 5 Uhr nachm.: Beichtgelegenheit. — 8 Uhr abends: Versammlung der Jungfrauenkongregation.

Freitag, morgens 6 Uhr: Herz-Jesu-Amt mit Segen. — Abends 8 Uhr: Missionsandacht mit Segen, nachher Arbeiterinnen- und Dienstbotenverein.

Israelitischer Gottesdienst.

Donnerstag, 1. Juni: abends 7 Uhr.
Freitag, 2. Juni: morgens halb 9 Uhr.
Freitag, 2. Juni, abends 7 Uhr,
Samstag, 3. Juni: morgens halb 9 Uhr.
Samstag, 3. Juni: nachmittags 4 Uhr.
Samstag, 3. Juni, abends 9 Uhr 10 Min.

Druck und Verlag der Druck- und Verlagsgesellschaft vormals Dölter in Emmendingen. Geschäftsinhaber: Karl Eppig und Wilhelm Jundt Erben.
Verantw. Redakteur: Otto Teichmann Emmendingen.

Die Geschichte des Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte.
Von Berthold Auerbach.

11)

Diethelm fühlte sich bei all seinem Stolz doch bald nicht recht wohl bei dieser Lustbarkeit. So genehm es ihm auch war, mit Beamten an einem Tisch zu sitzen, er machte sich doch bald zu dem alten Sternenwirt, der daheim in der unteren Stube geblieben war, und hier ging ihm eine neue Hoffnung auf. Der Sternenwirt sagte offen, daß er und Diethelm keine Unterhändler brauchten, und erklärte geradezu, daß sein Wilhelm und die Fränz wohl füreinander paßten; er verbreitete sich sehr über die wirkliche Tüchtigkeit eines klugen Bauernmädchens, und wie wohl angelegt hier eine reiche Mitgift sei. Diethelm gab nur abgebrochene Antworten und hielt dabei immer derart inne, daß der Sternenwirt etwas einschieben mußte. Immer wohlgemuter und zutraulicher wurden die beiden Genossen, denn der Sternenwirt bewährte heute an sich seine alte wirtliche Ermahnung: „Der Wein hängt aneinander." Mit diesen Worten brachte er immer wieder volle Flaschen auf den Tisch.

Spät in der Nacht, als die Gäste sich bereits entfernt hatten, saßen Diethelm und Fränz noch bei den Wirtsleuten, und es war ihnen allen so vertraut zumute, daß man sich gar nicht trennen mochte; und doch sprach man nichts von der neuen Familieneinigung, aber diese schien allen in der Seele zu leben.

Um dieselbe Zeit saß in Buchenberg noch die Frau Diethelms harrend bei der einsamen Lampe. Es war eine Frau von großer hagerer Gestalt und feinem, fast vogelartigem Gesicht. Sie war ersichtlich älter als Diethelm; und wie sie jetzt tief Atem holend vom Spinnen aufschaute und in die Lampe hineinstarrte, sah man, daß ein schwerer Kummer sich in diesem Antlitze heimisch angesiedelt hatte. Sie hatte heute alle heimkehrenden Marktgänger nach ihrem Manne ausgefragt; die eine gaben nur halben Bescheid, die anderen verkündeten Dinge, die unglaublich waren. Freilich hielt Diethelm streng darauf, daß sie keine volle Einsicht in seine Handelschaft hatte, soviel aber wußte sie doch, daß er jetzt bar Geld brauchte, er konnte also unmöglich eingekauft haben. Mit den heimkehrenden Marktgängern, ihren mitgebrachten Lederspangen, Gewandstoffen, Kinderpfeifen und Kindertrompeten, mit der Musterung der eingekauften Pferde und Kühe, vor allem aber mit der lärmenden Laune der Angetrunkenen war etwas von dem geräuschvollen Marktgewühl in das stille Dorf gedrungen, und die Heimgebliebenen sahen dem verwunderlich zu; vor allem aber betrachtete die Grobbäuerin — wie Martha Diethelm noch immer nach ihrem ersten Manne genannt wurde — das alles, als wäre es etwas Unerhörtes. Da zeigten die einen die neuen Schuhe u. Stiefel, die sie in der Hand trugen, und ließen um den Preis raten, oder sie übergaben den Kindern die für sie eingekauften, die damit davon rannten; andere ließen ihre neuen Hüte mustern, die sie auf dem Kopfe trugen, während sie die alten in der Hand hielten, und mancher Spaßvogel stülpte den neuen Hut über den alten auf den Kopf. Der Schmied hatte seinen Weißdornstock quer über den Rücken gelegt und die Arme als Haken darüber geschlungen. Martha wußte nicht, war es die Weinlaune oder Ernst, als er ihr berichtete, der Diethelm käme zehnmal so reich wieder heim. Als es wieder still im Dorfe wurde, in den Häusern die Lichter entflammten und ein jedes im Kreise der Seinen erzählte, was ihm am heutigen wichtigen Tage begegnet war, saß Martha noch immer im Dunkeln in ihrer Stube; ihr war so bang, sie war wie festgezaubert, daß sie der Magd nicht nach Licht rufen konnte; und als diese endlich von selbst damit kam, heiterte sie sich wieder auf: es war ja nichts geschehen, worüber sie zu bangen ein Recht hatte, und sie ließ sich gern von der Magd berichten, welche neue Kleider u. dgl. in das Dorf gekommen waren. Als endlich Schlafenszeit und noch immer kein Diethelm und keine ausdrückliche Nachricht von ihm kommen wollte, schickte sie die Magd zu Bett und setzte sich an ihren Spinnrocken, um sich wach zu halten. Die Wanduhr schlug neun, die an Ketten hängenden Gewichte rasselten nieder und pochten an den Uhrenkasten. Martha erhob sich und zog die Uhr auf, sie erinnerte sich, wie in der ersten Zeit ihrer Ehe, als Diethelm noch „hauslich" war, er jeden Abend selbst zur bestimmten Stunde die Uhr aufgezogen; sie betrachtete das Zifferblatt: da stand mit großer Schrift ihr Name und der Diethelms sowie die Jahreszahl ihrer Hochzeit in einem Blumenkranze. Damals, als die Uhr zum erstenmal hier hing, war große Freude, und wieviel schwere Stunden hat sie seitdem geschlagen, und wie ist sie selbst ein Erinnerungszeichen des Verfalls geworden, denn diese einfache Uhr kostete dreitausend Gulden; Diethelm hatte für seinen Schwager, der sich mit dem Uhrenhandel beschäftigte, um diese Summe Bürgschaft geleistet, der Schwager war in der Fremde geblieben und man konnte noch von Glück sagen, daß er seine Familie nachkommen ließ, nachdem man sie mehrere Jahre ernähren mußte.

Ach! An alles knüpften sich traurige Erinnerungen.

Es war still ringsum, denn das Haus Diethelms lag weitab vom Dorf auf einer Anhöhe. Martha öffnete das Fenster, horchte hinaus und schaute hinein in die sternglitzernde Nacht, dann setzte sie sich wieder zur wachhaltenden Arbeit, und ihr ganzes Leben zog an ihrem Sinnen vorüber. Jung verheiratet an einen grämlichen, bis zum Hungerleiden geizigen Mann, der nicht umsonst der Grobbauer hieß, hatte sie ein schweres Los; sie gebar drei Kinder, von denen sie zwei begrub, und nur das älteste, eine Tochter, war ihr geblieben, als auch der Mann starb. Sie verfeindete sich mit ihrer ganzen Familie, besonders aber mit ihrem Bruder, dem Schäufflerdavid, als sie ihren überaus schmucken Knecht, den Diethelm, heiratete. Die Leute sagten, der Diethelm habe um die Tochter Marthas gefreit, die Mutter aber habe ihn für sich behalten. Bald nachdem die Tochter auf dem Kohlenhof, zwei Stunden von Buchenberg, verheiratet war, feierte Martha ihre Hochzeit mit Diethelm. Dieser, obgleich zwölf Jahre jünger, schien überaus glücklich mit seiner rüstigen wohlhäbigen Frau, er ehrte und erfreute sie, wo er es nur immer vermochte, und schien sich noch immer fast als Knecht zu betrachten, denn er verfügte über nichts im Haus und Feld, ohne vorher die Frau darum zu befragen.

(Fortsetzung folgt.)

Gemäss den Bestimmungen des Reichstarifes bleiben unsere Kassen und Büros

am Pfingstsamstag geschlossen.

Bank für Handel und Industrie
Niederlassung Freiburg
Hauptgeschäft: Münsterstrasse 2
Depositenkasse: Kaiserstrasse 65.

Dresdener Bank Filiale Freiburg
Hauptgeschäft: Kaiserstrasse 166
Depositenkasse: Merianstrasse 24.

Freiburger Gewerbebank e. G. m. b. H.
Hauptgeschäft: Franziskanerstr. 5.
Depositenkasse: Ecke Lehener- und Kreuzstrasse.

Firma J. A. Krebs.

Rheinische Creditbank Filiale Freiburg
Hauptgeschäft: Eisenbahnstrasse 56
Depositenkasse: Kaiserstrasse 68.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft
Filiale Freiburg
Hauptgeschäft: Kaiserstrasse 138/142
Depositenkasse: Kaiserstrasse 26.

Rheinische Creditbank
Niederlassung Emmendingen

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft
Filiale Emmendingen.

2588

Uraniagrün
echtes Schweinfurtergrün
in Originalpackungen zu 1000, 500, 250, 100, 60 Gramm
empfiehlt 2546
Karl Loesch, Kenzingen i. Br.
Telephon Nr. 56

Verlobungs-Karten
und Briefe in reicher Auswahl, moderne Schriften, empfiehlt Druck- u. Verlags-Gesellschaft vorm. Dölter Emmendingen.

Das gute Fahrrad
bedingt auch einen guten Reifen. Je besser dieser, um so weniger Enttäuschungen und um so billiger das Kilometer. Wer
Continental Reifen
fährt, weiß, was er hat.

Künstler-Spiele
Gross-Freiburg
Dir. Max Neubert
Freiburg, Bertholdstr. 44
Allabendlich 7¼ Uhr
Erstklassige
Variete-Vorstellung
der bedeutendsten Künstler der Welt.

Achtung! Achtung!
Jeden Sonntag nachm. 3¾ Uhr
Nachmittags-Vorstellung
Inhaber dieser Annonce zahlt auf dem besten Platze statt Mk. 17.50 nur Mk. 6.60.

Bitte Annonce ausschneiden und an der Kasse vorzeigen.

Im Restaurant Gross-Freiburg
früher Sinnerhalle
Täglich Wiener Damenkapelle
5 Personen — Eintritt frei!

Das beste Bier!

Corona- und Stoewer-Räder
Mäntel u. Schläuche
Alle Reparaturen billigst
Fahrradhaus Keller
Freiburg i. Brsg.
Schwarzwaldstr. 77
Ecke Schwendistr.
Strassenbahnhaltestelle Bürgerwehrstrasse.

Zu verkaufen ein neues
Markgräfler-Tüllhalstuch
(weiß) 2603
Teningen, Fabrikstr. 20.

1 Faß
(24 hl)
1 Break
8 Sitzer und 1 trächtige
Kalbin
zu verkaufen.
Zu erfragen 2594
Haus 107, Riegel.

Zirka 10 Zentner gutes
Heu
zu kaufen gesucht 2600
Zigarrenfabrik Odenheimer
Emmendingen.
Westend.

Ein 8 Wochen altes
Ziegenlamm
zu verkaufen. 2593
Haus 127, Mundingen

Erste oberb. staatl. konzess.
Fach- u. Fahrschule
für Chauffeure und Herrenfahrer, Konstanz, Hussenstr. 4 bildet unter nur fachmännisch. Leitung Leute jeden Standes zu Chauffeuren aus. Prosp. gratis. 6382

Sofort vermietbar:
Bahnhofstr. 11
Emmendingen
Stallung mit Remise, Heuspeicher und Kammer (auch als Lagerräume, Autohalle etc. geeignet) sowie (2548
Patentkeller
(ohne Faß)
Angebote unter 2548 an die Gesch. ds. Blattes.

Wir liefern
Wäsche-Aussteuer
auch
einz. Leib- u. Hauswäsche Berufs- u. Arbeiterkleidg.
noch billig, an sichere Leute auch gegen bequeme Abzahlung.
Reichhaltige Preisliste gratis geg. Mk. 2.- Rückporto.
F. OLDEHUS
Neumünster i. Holst.
Scheunsberg 58.

Bei Influenza
Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Bronchialkatarrh, Asthma, Auswurf, Schlaflosigkeit trinke man nur Tee „Opal". Zu haben bei W. Reichelt, Drogerie, Emmendingen.

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Brot- und Mehlpreise betr.

Auf Grund des § 34 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921, R.-G.-Bl. S. 737, hat der Kommunalausschuß die Verbraucherpreise für das planmäßig vom Kommunalverband gelieferte Mehl und das daraus hergestellte Brot mit Wirkung vom 1. Juni 1922 festgesetzt wie folgt:

1. Mehl

Brotmehl, das Pfund	Mk. 4.10
Kranken- und Kindermehl d. Pfd.	Mk. 6.—

2. Brot

der große Laib (1500 gr.)	Mk. 11.—
der kleine Laib (750 gr.)	Mk. 5.50

Emmendingen, den 31. Mai 1922.
Kommunalverband.

Aufforderung

zur Abgabe der Steuerkarten und Markenblätter über Arbeitslohn vom 1. April bis 31. Dezember 1921. 2595

Trotzdem die Frist zur Abgabe der Steuerkarten und losen Markenblätter, die für den in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921 bezogenen Arbeitslohn bereits am 31. März 1922 abgelaufen war, fehlen noch sehr viele Steuerkarten. Wir erinnern an die sofortige Abgabe derselben und wir werden die Einlieferung der innerhalb 14 Tagen nicht abgegebenen Steuerkarten unter Anwendung des § 202 der Reichsabgabenordnung durch Geldstrafen bis zu 500 Mk. erzwingen.

Emmendingen, 30. Mai 1922.
Finanzamt.

Heugras-Versteigerungen

des Bad. Domänenamts Emmendingen.

In **Riegel**, Alte Brauerei Meyer, **Dienstag, den 6. Juni, vormittag 8 Uhr:** Gewann Rodäcker. Nachmittag 2 Uhr: Gewanne: Labisgarten, Schleiche, Jungholz, Hermannsacker.

In **Kenzingen**, Gasthaus zum Löwen, **Mittwoch, den 7. Juni, vormittags 8 Uhr**, Gemarkungen Herbolzheim u. Kenzingen rechts der Elz.

Donnerstag, den 8. Juni, vormittags 8 Uhr, Gemarkungen Oberhausen u. Kenzingen links der Elz.

In **Denzlingen**, Gasthaus zum Ochsen, **Freitag, den 9. Juni, vormittags 7 Uhr**, Brühl, Gelände-, Elz- und Weihermatten, Gemarkung Denzlingen und Gemarkung (Vorder-)Sexau.

Auf dem **Stöckenhof**, Güteraufseherhaus **Freitag, den 9. Juni, nachmittags 2 Uhr**, Gewann Stöckenhof.

In **Eichstetten**, Gasthaus zum Adler, **Montag, den 12. Juni, vormittags 8 Uhr**, Seewiesen links, Herren- und Moosmatten.

Dienstag, den 13. Juni, vormittags 8 Uhr, Seewiesen rechts.

In **Tennenbach**, Gasthaus zum Engel **Mittwoch, den 14. Juni, vormittags 8 Uhr**, Gemarkungen Tennenbach und Sexau (Staudenhöfe).

Kurze Abfuhrfrist. Nur die bisherigen Steigerer sind zugelassen. 2587

In das Genossenschaftsregister Band I O.-Z. 11 Spar- und Darleihkasse e. G. m. u. H. Nimburg wurde eingetragen: Aus dem Vorstand sind ausgeschieden: Karl Tschummi und Karl Kopfmann. An deren Stelle wurde gewählt: Andreas Link, Bürgermeister, Vorsitzender und Wilhelm Baumann, Schreiner in Nimburg. Emmendingen, 30. Mai 1922. Bad. Amtsgericht I. 2596

In das Genossenschaftsregister Band II O.-Z. 1 — Landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsgenossenschaft Vörstetten e. G. m. b. H. wurde eingetragen: Aus dem Vorstand ist ausgeschieden: Karl Binninger, Landwirt in Vörstetten. An dessen Stelle wurde Karl Julius Stahl, Landwirt in Vörstetten gewählt. Emmendingen, 31. Mai 1922. Amtsgericht I.

Die Firma Erste Badische Edelbranntwein-Brennereigesellschaft m. b. H. in Emmendingen — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dreifuß in Emmendingen — klagt gegen den Fritz Geisinger, Spirituosenhändler, früher in Heidelberg, Rohrbacherstraße, jetzt an unbekannten Orten, unter der Behauptung, daß ihr der Beklagte aus Warenkauf laut Faktura vom 8. März 1922 den Betrag von 1848 Mk. nebst 5 Proz. vereinbarten Zinsen vom 8. April 1922, sowie 20 Mk. Spesen schulde und daß Emmendingen für Lieferung und Zahlung Erfüllungsort sei, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 1868 Mk. nebst 5 Proz. Zinsen aus 1848 Mk. seit 8. April 1922 und zur Tragung der Kosten des Rechtsstreits. Das Urteil soll gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar erklärt werden. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Amtsgericht in Emmendingen auf Freitag, den 30. September 1922, vormittags 8 Uhr geladen. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung an den Beklagten wird dieser Auszug bekannt gemacht. Emmendingen, den 30. Mai 1922. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts. 2598

Nr. 80 Maul- und Klauenseuche betr.
Die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehbestand des Landwirts Adolf Roth in Freiburg-Günterstal ist erloschen. 2601
Emmendingen, den 29. Mai 1922.
Bad. Bezirksamt.

Städtische Bekanntmachungen

Milchversorgung betr.

Um dem Sauerwerden der Milch nach Möglichkeit vorzubeugen, wird diese ab

1. Juni ds. Js.

pasteurisiert.

Die durch die Pasteurisierung entstehenden Unkosten verursachen einen Preisaufschlag von **vorerst 40 Pfg für den Liter.** Der Liter Milch kostet deshalb ab genannten Zeitpunkt, das ist 1. Juni

— 6.40 Mark —

In der Milchverteilung selbst tritt eine merkliche Verspätung **nicht** ein, die Milch gelangt annähernd in derselben Zeit wie bisher in den Besitz der Versorgungsberechtigten.

Es wird sich empfehlen, die Milch bei der jetzt schon heißen Witterung **nochmals abzukochen**, und solche bis zum Verbrauche immer in kühlem Raume aufzubewahren.

Die Bezugsberechtigten der Wilhelm-, Kandel-, Hochburger-, Hebel- und Burgstraße werden vom 1. Juni ab durch andere Milchhändler versorgt.

Wir bringen diese Neuerungen in der Milchversorgung der Einwohnerschaft Emmendingens zur Kenntnis. 120

Emmendingen, den 31. Mai 1922.
Städt. Milchwirtschaft Emmendingen.

Fleisch-Preise!

Infolge weiterer Erhöhung der Einkaufspreise sah sich die Innung genötigt, die Fleisch- und Wurstpreise abermals zu erhöhen.

Sollten gegen dieselben Bedenken bestehen, so ist die Innung jederzeit bereit, im hiesigen Schlachthof Probeschlachtungen vorzunehmen.

Es kostet ab 1. Juni 1922 das Pfund:

Ochsenfleisch	Mk. 50.—
Kuhfleisch	„ 32.—
Kalbfleisch	„ 50.—
Schweinefleisch	„ 50.—
Hammelfleisch	„ 38.—

2611 Fleischer-Innung Emmendingen.

Zu Pfingsten
empfehle ich mein reichhaltiges Lager in
Sommerkleidern
Chr. Stuck-Wagner
Emmendingen, Lammstrasse 10.

Stadttheater Freiburg

Samstag, den 3. Juni, keine Vorstellung.

Sonntag, den 4. Juni, abends 6—10 Uhr
Lohengrin.

Der badische
„Blitz"-Fahrplan
Sommer-Fahrplan 1922
enthaltend sämtliche Eisenbahnkurse, Dampfer- und Automobil-Verbindungen des ganzen Landes.
ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen und Schreibwarengeschäfte zu beziehen
Preis Mark 10.—
Verlag des Blitz-Fahrplans.

Bekanntmachung.

Die Gemeinde Wyhl versteigert am **Donnerstag, den 8. Juni, mittags 12 Uhr** einen fetten, schweren **Farren** und einen **Zucht-Eber** im Gemeindehofe.

Wyhl, den 31. Mai 1922.
Der Gemeinderat.

Vereinigung „Amicitia" 1907 Emmendingen.
Heute Versammlung.

Männer-Riege
Jeden Donnerstag präzis 8 Uhr Turnen in der Markgrafenschule.

Ein braves, fleißiges
Mädchen
kann bei hohem Lohn sofort eintreten 2521
Frau Fritz Gnädinger Kandern.

Zweitmädchen
engl., auf 1. Juli gesucht, für Sommer in Landvilla und Winter nach Barmen, für kinderlosen Haushalt. Dasselbe muß fleißig und ehrlich sein. 2562
Näheres Luckhaus'Hanselhof, Burg bei Kirchzarten-Freiburg.

Tüchtiges, perfektes
Zimmermädchen
sow. ein tüch. Küchenmädchen für sofort gesucht. Hoh. Lohn und gute Behandlung.
Zu erfr. Gasth. z. „Warteck" Freiburg, Hugstetterstr. 2.

Jüngeres 2591
Mädchen
bei gutem Lohn gesucht
Denzlingen, Haus 53.

Tüchtige, gewandte
Kellnerinnen
zur Aushilfe über Pfingsten gesucht 2606
Alte Burse, Freiburg.

Zwei jüngere 2605
Schneidergehilfen
finden sofort dauernde Arbeit gegen hoh. Lohn. Für Kost und Wohnung ist gesorgt. 2605
Hermann Hurger, Schneidermeister Elzach (Baden).

Bäcker-Lehrling
kann sofort oder später unter günstigen Bedingungen eintreten bei
H. Schneckenburger Bäckermeister Emmendingen.

Haarausfall
Schuppen beseitigt das herrlich duftende Arnika Blütenöl „Bodin". Jedes Haar wird prächtig. Zu haben bei W. Reichelt, Drog. Hugo Kromer, Drogerie, Emmendingen.

Billige
Pfingstwoche
Solange Vorrat reicht, verkaufe ich noch zu staunend billigen Preisen u. zwar:
Neue und getragene
Herren- und Burschen-Anzüge
in allen Farben, hochmodern, beste Qualität, sehr preiswert
Schlosser-Anzüge
Englischleder-, Zwirn-, Feldgrau- u. Sonntags-Hosen
Windjacken- u. Waschjoppen
Bergschuhe
m. Doppelsohlen (aus bestem Rindsleder)
Arbeitsschuhe
genagelt.
Ledergamaschen
braun und schwarz
Kinderschuhe aller Art
Damenkleider
kaufen Sie jetzt noch zu den billigsten Preisen im altbekannten
An- u. Verkaufsgeschäft
Federbusch
Freiburg i. B.
3 Adelhauserstraße 3
b. Holzmarktplatz.

Mercedes-Stiefel und -Halbschuhe
braun und schwarz
Turistenstiefel — Sandalen
Weiße Schuhe — Turnschuhe
Rindleder-Werktags-Schuhe
empfiehlt 2555
A. Wiesse, Emmendingen
Schuhlager Kirchstrasse 9.

Wer ist ein Risiko für die Hausfrau?
Wenn sie zum Kuchenbacken statt des echten Dr. Oetker's Backpulver „Backin" ein minderwertiges Backpulver verwendet.
Wenn sie sich, um etwas zu sparen, der Gefahr aussetzt, einen mißratenen Kuchen zu erhalten u. Mühe u. Kosten umsonst aufgewandt zu haben.
Beim Backen ist ein gutes, erprobtes Backpulver das wichtigste! Deshalb spare sie nicht an verkehrter Stelle, denn ein minderwertiges Backpulver ist — selbst geschenkt — noch viel zu teuer.
Mit Dr. Oetker's Backpulver „Backin" ist jede Hausfrau gut bedient, denn damit gelingt der Kuchen immer.
Ebenso empfehlenswert sind die bekannten
Dr. Oetker's Puddingpulver,
Dr. Oetker's Vanillinzucker.
OETKERS HELLKOPF

Für die Feiertage

empfehle in großer Auswahl:
Weiß - Braun - Schwarz
Damen-Halb- und Spangenschuhe
Herren- und Damenstiefel, Knaben- und Mädchenstiefel, Kinderhalbschuhe, Sandalen
Turnschuhe, Berg- und Turistenstiefel
Billigste Preise! Nur Qualitätsware!
Schuhhaus Wolf
Emmendingen Markgrafenstr. 45

Zahn-Praxis
Norbert Ruh, Dentist
Freiburg i. B., Rosastr. 19
1 Minute vom Bahnhof
Spezialität:
Künstliche Zähne ohne Gaumenplatte
Zahnbehandlung
Zahnziehen nach schmerzloser Methode
Goldkronen
Goldplomben
1587
Durch die Verwendung von nur besten Zähnen u. Materialien und meiner 23jährigen Fachkenntnisse gewähre ich auf alle Arbeiten mehrjährige Garantie.

Möbl. Zimmer
von 2 jungen Mädchen auf 1. Juli zu mieten gesucht.
Angebote mit Preisangabe an die Gesch. d. Bl.

Ia Strickwolle
Baumwolle, Estremadura, Socken, Strümpfe Längen, Sportwolle für Jacken, auch im Kleinverkauf. 120
Wollgroßhandlung
Julius Werner, Freiburg
Kartäuserstraße 42.

Schuhputz
Pilo
glänzt im Nu und erhält die Schuh

Hotel od. Gasthof
oder ein größeres
Wohn- u. Geschäftshaus
zu kaufen gesucht.
(Leiste jede Anz.) Agenten verbeten. — Offerten unter L 200 an „Stella", Ann.-Exp., Hannover, Eckerstr. 15

Ein 2589
Bett
mit Inhalt, sowie ein gut erhaltener
Sport- und Liegewagen
sind preiswert zu verkaufen
Hochburgerstraße 50, III
Emmendingen.

Breisgauer Nachrichten

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.

Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 45.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 15.— den Monat.

Anzeigenpreis: die einsp. Petitzeile oder deren Raum 2.— Mk., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 8 Mk. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 30 Mk.

Telegr.-Adr.: Dölter, Emmendingen. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Im Falle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftsstelle: Karl-Friedrichstraße 11. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7383.

Nr. 127 — Emmendingen, Freitag, 2. Juni 1922 — 57. Jahrgang.

Die Antwort der Reparationskommission.

Zahlungsaufschub bis Ende 1922.

WTB. Paris, 1. Juni. Die Reparationskommission hat der deutschen Kriegslastenkommission in Paris am 31. Mai ein Schreiben zukommen lassen, in dem die Kommission den Empfang des Schreibens vom 28. Mai bestätigt, worin der Reichskanzler die Maßnahmen schildert, die die deutsche Regierung ergriffen hat oder ergreifen wird, um den Bedingungen zu genügen, die von der Reparationskommission in zwei früheren Schreiben vom 21. März und 13. April für den teilweisen Aufschub der für das Jahr 1922 vorgesehenen Zahlungen aufgestellt worden war. Die Kommission bedauert, daß die deutsche Regierung mit diesen Maßnahmen nicht früher begonnen hat, erkennt aber an, daß das, was die deutsche Regierung bereits getan hat und besonders künftig zu tun verspricht, eine ernste Anstrengung bildeten, um den Forderungen zu entsprechen. Infolgedessen bestätigt sie den in dem Schreiben vom 21. März bewilligten vorläufigen teilweisen Aufschub, der mit dem 1. Juni nun endgültig wird.

Die Kommission bemerkt, daß die Vorschläge hinsichtlich der schwebenden Schuld allerdings nur bei ausreichender Unterstützung durch ausländische Anleihen von der deutschen Regierung als praktisch durchführbar betrachtet worden. Die Kommission weist deshalb darauf hin, daß der Aufschub immer widerrufen werden kann, wenn Deutschland die Bedingungen zu erfüllen versäumt. Auch behält sich die Reparationskommission den Widerruf des Aufschubes vor, wenn die noch in der Schwebe befindlichen Fragen nicht zu ihrer Befriedigung geregelt werden oder wenn Deutschland infolge Ausbleibens der auswärtigen Anleihen die Maßnahmen zur Begrenzung der schwebenden Schuld nicht ausführt, oder wenn andere unbefriedigende Abmachungen zur Regelung des Staatshaushaltes und der schwebenden Schuld zustande kommen sollten.

Schlechte Aussichten Deutschlands für die internationale Anleihe.

WTB. Paris, 1. Juni. Nach dem Oeuvre habe der Interalliierte Anleihe-Ausschuß gestern nachmittag wiederum eine Sitzung gehabt. Nach dem Blatt habe sich der Holländer Vissering über seine Reise nach Berlin und die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands weniger günstig ausgesprochen, als man hätte glauben können. Der Anleiheausschuß komme mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß es schwierig sei, einem Staat Vorschuß zu gewähren, auf dem bereits eine Hypothek von zirka 132 Milliarden Goldmark laste, die außerdem durch die Besatzungskosten erhöht werde. Tatsächlich werde der Bankierausschuß unwillkürlich gezwungen sein, das Reparationsproblem, die Garantiefrage und die Frage der internationalen Schulden in ihrer Gesamtheit zu prüfen. Unter diesen Bedingungen ist es möglich, daß der Ausschuß bald einen Bericht verfassen werde, in dem er erkläre, daß unter dem augenblicklichen Regime des Vertrages von Versailles Deutschland kein Kredit gewährt werden könne.

In ähnlichem Sinne schreibt der Temps in seinem gestrigen Leitartikel. Die deutsche Note gebe den Anschein, als ob Deutschland die Erfüllung seiner Verpflichtungen von dem Zustandekommen einer internationalen Anleihe abhängig mache wolle. Es mache diese Anleihe zum Angelpunkt der gesamten Reparationsfrage. Diese Auffassung bestätige auch die neuliche Sitzung des Deutschen Reichstages. Im Komitee Morgan trete zwar die Tendenz zum Vorschein, Deutschland keine Anleihe zu gewähren, bevor die Summe der Reparationen herabgesetzt worden sei. Aber wenn die versammelten Bankiers dies verlangen sollten, dann bliebe ihnen doch trotzdem nichts anderes übrig, als ihre Arbeiten einzustellen, denn solange Amerika auf der Bezahlung seiner Guthaben bestehe, sei an die Ermäßigung der deutschen Schuld nicht zu denken.

Aus der französischen Kammer.

Poincaree in der französischen Kammer.

WTB. Paris, 1. Juni. Die Kammer setzte heute nachmittag am 5. Tage die Interpellationsdebatte über die auswärtige Politik der Regierung unter großem Andrang des Publikums fort. Der Abg. Chappedelaine interpellierte über die Orientpolitik und stellte die Frage, wie lange die Verhandlungen über den Frieden noch dauern werden. — Ministerpräsident Poincaree ergreift das Wort zur Beantwortung der Interpellation. Ich möchte zunächst, so sagte er, ein Mißverständnis beseitigen. Die Lage in Oberschlesien kann nicht verglichen werden mit der am linken Rheinufer. Das geht aus dem Versailler Vertrage hervor. Poincaree geht sodann auf die Waffenfunde in Gleiwitz und die damit im Zusammenhang stehende Explosion ein. Solange Deutschland nicht helfe, die Schuldigen zu suchen und aufzufinden, sei man genötigt, an seinen Gefühlen zu zweifeln und dementsprechend zu handeln. Die alliierten Truppen würden nunmehr bald aus Oberschlesien zurückgezogen werden. Frankreich sei der beste Verteidiger des Friedens in Oberschlesien, am Rhein und überall. Frankreich könne man nicht anklagen, eroberungslustig zu sein. Hierauf bespricht Poincaree die Vorverhandlungen über die Genueser Konferenz. Die Canner Entschließung sei ziemlich beunruhigend gewesen. Er habe sich bemüht, von den Alliierten Bürgschaften zu verlangen, namentlich in der Richtung, daß Deutschland die Frage der Reparationen und der Verträge nicht aufwerfen dürfe. Das sei geschehen. Auch die Weisungen an die französische Delegation in Genua verliest der Ministerpräsident, um auf die Anklagen zu antworten, die französische Regierung habe versucht, die Genueser Konferenz zum Scheitern zu bringen.

Das Grubenunglück bei Essen.

Nach dem amtlichen Bericht des preußischen Oberbergamtes hatte die Explosion in der Schachtanlage „Amalia" bei Essen größeren Umfang gehabt, als zunächst angenommen wurde. Sie hat bisher an Opfern 18 Tote und 29 Verletzte gefordert. 5 Mann werden zurzeit noch vermißt. Es wird vermutet, daß sie in einer durch die Explosion zusammengebrochenen Strecke verschüttet sind. Sämtliche übrigen Strecken sind frei. Die Rettungs- und Bergungsarbeiten sind sofort eingesetzt worden und werden mit größtem Nachdruck betrieben. Die Explosion ist allem Anschein nach in der Hauptsache eine reine Kohlenstaubexplosion gewesen. Sie ist nach den bisherigen Feststellungen ausgegangen von dem abgeworfenen Blindschacht in der zweiten östlichen Abteilung zwischen der 678- und 548-Metersohle, in dem eine Bremsscheibe eingebaut werden sollte. Wahrscheinlich ist hierbei von dem beauftragten Beamten verbotswidrig geschossen worden, wobei der vorhandene Kohlenstaub zur Entzündung gebracht wurde. Die Bergbehörde hat unter Hinzuziehung des Betriebsrats die Untersuchung aufgenommen.

Hottentottenaufstand in Deutsch-Südwestafrika.

London, 30. Mai. In Deutsch-Südwestafrika sind die Eingeborenen mit der neuen Lage wenig einverstanden. Sie fordern lt. Bad. Pr. Unabhängigkeit, Wiedereinsetzung des früheren Zustandes. Vereinzelte Hottentottenstämme sind in offenem Aufruhr begriffen. Bei Zwischenfällen gab es bei Weißen und Farbigen Tote und Verwundete, wobei auch die Polizei Verluste erlitt.

Ueber den Austand der Hottentotten gegen die Regierung der Union wird aus Kapstadt gemeldet: Die Hottentotten richteten ihre Angriffe gegen die Polizeiwachen. Die Regierung sandte den bedrohten Polizeitruppen, die zum Teil geflüchtet waren, mehrere Flieger zu Hilfe, die die Negerdörfer mit Bomben belegten. Diese Maßnahme hat unter den benachbarten Negerstämmen Unruhen hervorgerufen. Die südafrikanischen Zeitungen warnen nunmehr die Regierung ernstlich, die Unterdrückung des Aufstandes in dieser Weise fortzusetzen. Die „Times" kommen in einem Artikel über den Hottentottenaufstand zu einem merkwürdigen Geständnis, indem sie schreiben: Die Ursache dieses Aufstandes ist lediglich in der Behandlung der Eingeborenen zu suchen, welche die Regierung der südafrikanischen Union diesen zuteil werden läßt. Die Neger erblicken in dieser Behandlung eine Schwäche der weißen Bevölkerung und Verwaltung. Die einzigrichtige Behandlung, so hebt das Blatt weiter hervor, hätten vor dem Krieg die Deutschen angewandt, indem sie die Negerbevölkerung durch eiserne Zucht im Schach hielten. Während des Krieges lautete das Urteil der „Times" und der übrigen gesamten französischen und englischen Presse bekanntlich gerade umgekehrt. Man sprach damals nur davon, daß die Behandlung der Neger durch die Deutschen eine einzige Kette von Greueltaten darstelle.

Badischer Landtag.

TU. Karlsruhe, 31. Mai. Zu Beginn der Mittwochnachmittagssitzung wurde auf eine sozialdemokratische Anfrage über die angebliche Aufhebung der Sonntagsfahrkarten von einem Regierungsvertreter geantwortet, daß in dieser Frage eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen sei, es sei nun beabsichtigt, die Sonntagskarten künftig nur noch von Karlsruhe und Mannheim abzugeben.

Ohne wesentliche Aussprache wurde der Gesetzentwurf, der die Milchschulden der oberbadischen Gemeinden und die zu ihrer Abdeckung zu gebenden Darlehensbeträge mit allen Stimmen gegen diejenigen der Deutsch-Nationalen angenommen.

Einstimmige Annahme fanden im folgenden die Aenderung des Besoldungsgesetzes, ferner das Gesetz über die Erhöhung des Teuerungszuschlags und das Pensionsergänzungsgesetz.

Es folgte die Beratung der Position Wissenschaft und Künste aus dem Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts; über die im Haushaltausschuß darüber gepflogenen Verhandlungen haben wir schon berichtet. Bei dieser Position handelt es sich u. a. um den Zuschuß zum badischen Landestheater in Karlsruhe und um die Gesuche der Städte Mannheim, Freiburg und Konstanz um Staatszuschüsse zu ihren Theatern.

In längeren Darlegungen befaßte sich Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.) mit Neuanschaffungen zur Landesbibliothek, der Aufstellung des Landesmuseums im ehem. Großh. Schloß und mit der Kunsthalle in Karlsruhe. Redner erörterte dann die Lage des Badischen Landestheaters, an dem schon nach Möglichkeit gespart werde. Der Personalbestand könne nicht mehr verringert werden. In der weiteren Beratung trat Frau Abg. Straub (Dem.) für die Unterstützung des Freiburger Stadttheaters und Abg. Weber (D.Vpt.) für die Unterstützung des Landestheaters wie des Stadttheaters ein. — Abg. Dr. Hanemann (D.Ntl.) vertrat ebenso wie Abg. Strobel (Soz.) die Wünsche der Stadt Mannheim.

Im weiteren Verlauf der Debatte wurden wesentlich neue Punkte nicht vorgebracht. Abg. Großhans (Soz.) wünschte noch die staatliche Unterstützung des Konstanzer Stadttheaters, während Abg. Hertle vom Landbund jede staatliche Zuwendung an die Theater ablehnte, die doch nur dafür da seien, den oberen Zehntausend Vergnügungen zu bieten. Man sollte die für die Theater bereitgestellten Mittel besser den notleidenden alten Leuten in den Städten zukommen lassen.

Staatspräsident Dr. Hummel trat diesen Ausführungen des Landbundredners entgegen. Es sei vollkommen falsch, daß die Theater den oberen Zehntausend dienten. Die Theater würden deshalb vom Staate und den Städten unterstützt, damit die bildungshungrige Bevölkerungsschicht sich auf einige Stunden von den Sorgen des Alltags freimachen könne. Es gäbe eben auch Menschen, die noch ideelle Interessen und nicht nur Geldbeutelinteressen hätten. Der Abg. Hertle sollte sich erst einmal die Besucher des Karlsruher Theaters ansehen, bevor er ein solch vollkommen falsches Urteil fälle. (Lebhafte Zustimmung.)

Kurz vor 8 Uhr wurde die Beratung abgebrochen und auf Donnerstag vorm. ½9 Uhr vertagt.

Schluß der Theaterdebatte. — Eine schwierige Abstimmung. — Kleine Vorlagen.

TU. Karlsruhe, 1. Juni. In der Donnerstags-Sitzung wurde die Beratung der Position „Wissenschaft und Künste" im Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts und damit die Theaterdebatte fortgesetzt. Mehrere Redner traten für die Unterstützung der Theater in Mannheim, Heidelberg und Konstanz ein. Staatspräsident Dr. Hummel wies eine Bemerkung des Abg. Hertle (Landbund) zurück, der behauptet hatte, der Staatspräsident habe in seinen Ausführungen am Mitwoch die Landwirtschaft angegriffen. Dr. Hummel bemerkte, er habe gesagt, daß es noch Leute gebe, die nicht nur Geldbeutelinteressen, sondern auch ideelle Interessen hätten, er habe dabei kein Wort gegen die Landwirtschaft gesagt.

In der Aussprache verbreitete sich Abg. Dr. Schofer (Ztr.) u. a. über die Stärkung der Volkskunst im Dienste der Religion und wünschte hierbei auch die Mitarbeit der Lehrer. Abg. Rösch (Soz.) wünschte, daß die Basler Künstler das Wiesental besuchen können und daß ihnen keine Schwierigkeiten bereitet werden. Die weitere Debatte nahm dann eine stark politische Färbung an und wurde vor allem von Rednern des Zentrums und des Landbundes bestritten. — In der Einzelberatung wünschte dann noch Abg. Fischer-Freiburg (Ztr.), die Regierung möge dem Freiburger Münsterbauverein größere Unterstützung zuteil werden lassen.

Die folgende Abstimmung über die Position Wissenschaften und Künste rief den Widerspruch eines Teils der Abgeordneten hervor, da über das Landestheater Karlsruhe nicht gesondert abgestimmt wurde. Hierbei wurde von einer Seite dem Präsidenten der Vorwurf gemacht, er habe sich hier ein Versehen zuschulden kommen lassen, während von anderer Seite die Geschäftsführung des Präsidenten unterstützt wurde. Die Position „Wissenschaft und Künste" wurde mit allen gegen sieben Stimmen (Landbund, Kommunisten u. Unabh.) angenommen und ein Antrag, nachträglich noch über das Landestheater abzustimmen, wurde abgelehnt.

Mit Mehrheit wurde dann bei sieben Stimmenthaltungen ein Antrag des Haushaltausschusses angenommen, für die größeren Theater des Landes zur Verbreitung guter Kunst in einem Nachtrag Beträge zur Verfügung zu stellen. Weiter wurde beschlossen, den Schülern der Landeskunstschule, der Kunstgewerbeschule Pforzheim, des Staatstechnikums und der Tech. Hochschule den Besuch der Münchener Gewerbeschau zu ermöglichen. — Eine Reihe von Anträgen über Staatszuschüsse für die Theater in Mannheim, Freiburg und Konstanz wurde für erledigt erklärt. Ein sozialdem. Antrag wurde angenommen, wonach den Theatern in Mannheim, Freiburg und Konstanz Staatszuschüsse zur Veranstaltung von Volksvorstellungen auf dem Lande gegeben werden sollen.

Mehrere damit in Zusammenhang stehende Gesuche wurden der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Es folgte die Beratung eines soz.-dem. Antrags über die Zuteilung des ehem. Truppenübungsplatzes Heuberg zum Verwaltungsgebiet des badischen Landesfinanzamts. Dieser Antrag wurde durch die Maßnahmen der Regierung für erledigt erklärt. — Das Gesuch des badischen Städtebundes über die Aenderung des Jagdgesetzes wurde der Regierung als Material überwiesen.

Im folgenden begründete Abg. Hanemann (D.Ntl.) seine Interpellation über Maßnahmen gegen eine Ueberflutung badischer